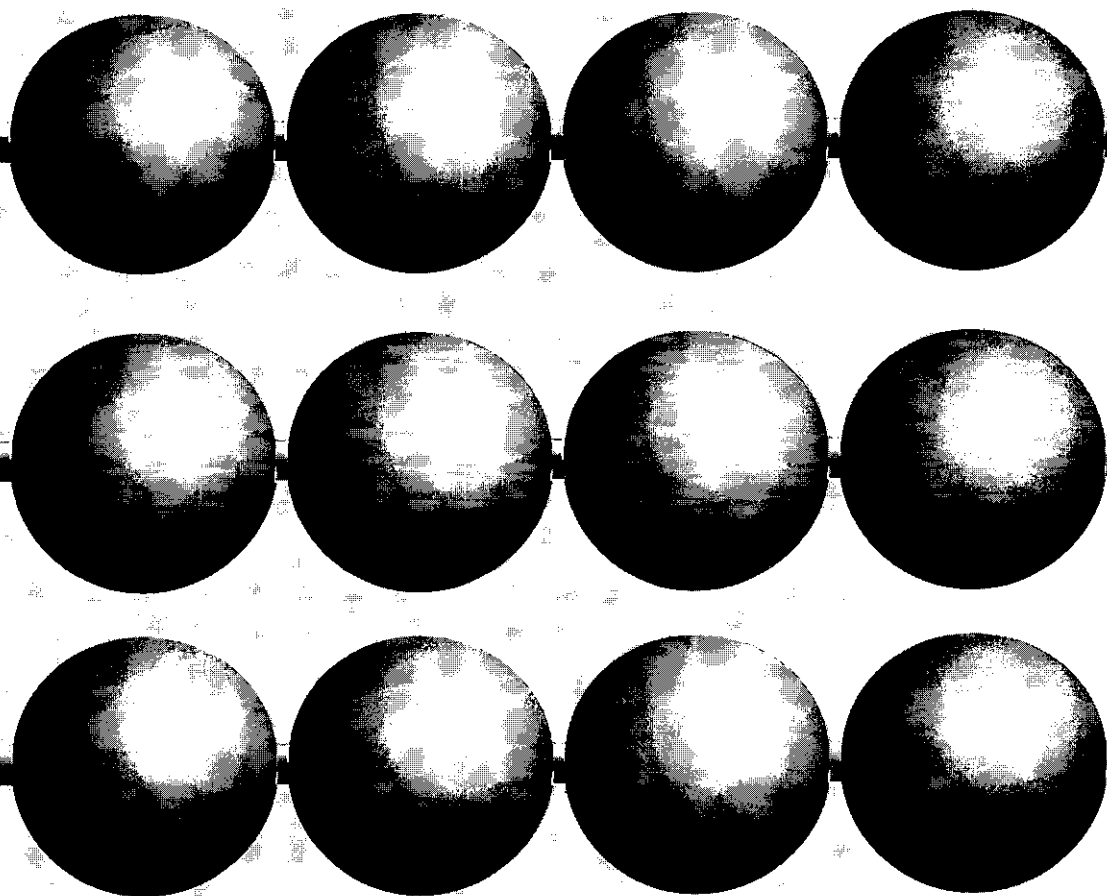


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

44. Jahrgang, Heft 12
Dezember 1992

Amtsleiterwechsel
Fachoberschulen
Buchbesprechung

Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**

Impressum

Herausgeber:

Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein

Fröbelstraße 15-17

Postfach 1141

2300 Kiel 1

Telefon (0431) 6895-0

Telefax (0431) 6895 498

Btx * 444 50 #

Schriftleitung:

Bernd Struck

App. 286

Vertrieb:

App. 280

Druck:

Hugo Hamann, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 3,--

Jahresbezug DM 30,--

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

44. Jahrgang

Heft 12

Dezember 1992

INHALT

Kurz gefaßt

230

Reden

Statistisches Landesamt unter neuer Leitung

231

Aufsatz

Fachoberschulen in Schleswig-Holstein

235

Buchbesprechung

125 Jahre Kreise in Schleswig-Holstein

242

Entwicklung im Bild

243

Beilage

Zahlenbeilage

Geringer Ausländeranteil in Schleswig-Holstein

Ende des Jahres 1991 lebten in Schleswig-Holstein 111 000 Ausländer. Davon waren 51 000 Frauen und 60 000 Männer. Dies ergab sich aus der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.

Gegenüber dem 31. Dezember 1990 nahm die Zahl der Ausländer um 7 700 (+ 7,4 %) zu. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes stieg um 0,3 Punkte auf 4,2 %. Damit hat Schleswig-Holstein weiterhin den geringsten Ausländeranteil unter den alten Bundesländern.

In Kiel (17 300) lebten die meisten Ausländer. Es folgten der Kreis Pinneberg (15 200) und Lübeck (14 900). Die wenigsten Ausländer wohnten in den Kreisen Dithmarschen (2 400) und Plön (2 500).

Steuereinnahmen gestiegen

In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind in Schleswig-Holstein an staatlichen Steuern, also gemeinschaftliche Steuern sowie Bundes- und Landessteuern, 11,7 Mrd. DM aufgekommen. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum entspricht das einer Steigerung von 1,5 Mrd. DM oder 14,3 %. Die gemeinschaftlichen Steuern fielen um 1,3 Mrd. DM oder 14,1 % höher aus und erreichten damit einen Anteil von neun Zehntel am gesamten Steueraufkommen. Den höchsten Anstieg wiesen die Steuern vom Einkommen aus, sie nahmen um 861 Mill. DM (+ 13,9 %) zu. Bei der gewichtigsten Einzelsteuer, der Lohnsteuer, war ein Zuwachs um 610 Mill. DM auf 4,9 Mrd. DM zu verzeichnen. Die Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer übertrafen das Vorjahresergebnis um 153 Mill. DM bzw. 183 Mill. DM. Das Aufkommen aus den Steuern vom Umsatz verbesserte sich um 453 Mill. DM oder 14,3 %. Die inländische Umsatzsteuer überschritt das Ergebnis des Vergleichszeitraumes um 413 Mill. DM oder 19,7 %, das der Einfuhrumsatzsteuer erbrachte ein um 40 Mill. DM höheres Aufkommen.

Der Zuwachs der Bundessteuern um 20 Mill. DM ist hauptsächlich auf das Mehraufkommen an Versicherungssteuer (+ 50,1 %) zurückzuführen. Bei den Landessteuern wurde die Zunahme um 126 Mill. DM oder 17,9 % in erster Linie durch höhere Einnahmen an Kraftfahrzeugsteuern (+ 124 Mill. DM) bestimmt.

Insgesamt sind in Schleswig-Holstein 11,8 Mrd. DM an staatlichen Steuern vereinnahmt worden; das bedeutet eine Einnahmeverbesserung von 1,2 Mrd. DM oder

11,7 %. Von den Steuereinnahmen standen dem Bund 5,6 Mrd. DM (48,1 %) und dem Land 6,1 Mrd. DM (51,9 %) zu. Im Gegensatz zum Aufkommen (vor der Verteilung) geben die Einnahmen wider, was — nach Aufteilung der gemeinschaftlichen Steuern und Zerlegung von Lohn- und Körperschaftsteuer — in die Kassen des Landes und des Bundes geflossen ist.

Weniger Beschäftigte in der Landwirtschaft

Mit einer weiterhin rückläufigen Zahl landwirtschaftlicher Betriebe hat sich die Zahl der auf den landwirtschaftlichen Betrieben (ab 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche) beschäftigten familieneigenen und familienfremden Arbeitskräfte in Jahresfrist um 4 % verringert.

Sind in diesem Jahr 26 000 Betriebsinhaber und 23 000 mithelfende Familienangehörige in den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt, so waren es vor fünf Jahren noch 29 000 Betriebsinhaber und 27 000 mithelfende Familienangehörige.

Über die Hälfte der Betriebsinhaber (1987: 61 %) und 19 % der mithelfenden Familienangehörigen (1987: 22 %) waren auf den landwirtschaftlichen Betrieben vollbeschäftigt. Nahezu jeder vierte (1987: jeder fünfte) Betriebsinhaber war 1992 gleichzeitig anderweitig erwerbstätig.

Neben den familieneigenen arbeiteten außerdem 7 300 (1987: 8 200) ständige und 4 200 (1987: 2 300) nichtständige familienfremde Arbeitskräfte auf den landwirtschaftlichen Betrieben.

Faltblatt über Erwerbstätige und Pendler

Das Statistische Landesamt hat ein Faltblatt über „Erwerbstätige und Pendler in Schleswig-Holstein“ herausgegeben. Es gibt auf 10 Seiten einen Überblick über die wichtigsten Daten zur Erwerbstätigkeit. Beleuchtet werden dabei u. a. die Altersstruktur der Erwerbstätigen, ihre Verteilung auf die Wirtschaftsbereiche und ausgewählte Wirtschaftsabteilungen, die Teilzeiterwerbstätigkeit sowie die Berufspendler über die Gemeindegrenzen. In den Darstellungen nach Kreisen werden erhebliche Strukturunterschiede deutlich.

Das Faltblatt kann kostenlos beim Vertrieb des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, Fröbelstraße 15 - 17, in 2300 Kiel oder unter der Telefonnummer (0431) 68 95 - 280 bestellt werden.

Statistisches Landesamt unter neuer Leitung

Das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein hat seit dem 1. Oktober 1992 einen neuen Direktor. Dr. Hans-Peter Kirschner wurde am 5. Oktober 1992 von Dr. Ekkehard Wienholtz, Staatssekretär im Innenministerium, in sein Amt eingeführt. Dr. Wienholtz ging dabei auch auf einige aktuelle Aspekte der amtlichen Statistik ein. Seine Worte und die Replik von Dr. Kirschner sind hier wiedergegeben:

Sehr geehrter Herr Dr. Kirschner, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

ich freue mich, daß wir uns heute zu einem besonderen Anlaß hier treffen. Ich darf Ihnen zunächst die herzlichen Grüße von Herrn Minister Bull überbringen, der wie viele andere, die heute auch nicht hier sind, in Urlaub ist.

Ende April hat Innenminister Bull den bisherigen Leiter des Statistischen Landesamtes, Herrn Dr. Mohr, in den Ruhestand verabschiedet.

Es sind nunmehr einige Monate vergangen, in denen Sie, meine Damen und Herren, ohne Amtsleiter auskommen mußten. Ich bin mir aber sicher, daß dank der engagierten Vertretung durch Herrn Dr. Sievers die Belange des Amtes in bewährter Form wahrgenommen worden sind. Herrn Dr. Sievers möchte ich an dieser Stelle dafür besonders herzlich danken.

Heute freue ich mich, den neuen Leiter in sein Amt einzuführen und darf Ihnen allen dafür den einen oder anderen Gedanken mit auf den Weg geben.

Herr Dr. Kirschner, Schleswig-Holstein hat sich für Sie entschieden. Seit dem 1. Oktober sind Sie der neue Leiter des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein. Sie kommen aus dem Statistischen Landesamt Berlin zu uns an die Förde. Ich bin sicher, daß Sie das groß- und hauptstädtische Flair Berlins sicher bald nicht mehr vermissen werden, wenn Sie erst einmal in unserem schönen Land Schleswig-Holstein so richtig Fuß gefaßt haben. Das geht übrigens vielen so. Ich kann da auch aus eigener

Erfahrung sprechen und kann nur hoffen, daß es Ihnen auch so gehen wird wie mir. Gemessen an der Großstadt Berlin erwartet Sie hier in Schleswig-Holstein ein eher beschauliches Pflaster. Diesen Vergleich bitte ich aber nur bezogen auf die landschaftliche Struktur unseres Landes zu sehen. Er trifft ganz sicher nicht auf die Verwaltung zu, speziell nicht auf den die amtliche Statistik tragenden Dienst.

Herr Dr. Kirschner, vor Ihnen liegt eine wichtige und verantwortungsvolle, zugleich aber auch eine interessante Aufgabe. Sie übernehmen ein Amt mit rund 230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich nicht nur, wie mitunter von der Öffentlichkeit belächelt, mit dem Zählen von Rindern und Schafen beschäftigen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem bereits legendären und vielzitierten Volkszählungsurteil aus dem Jahre 1983 die erhebliche Bedeutung der Statistik für eine staatliche Politik, die den Prinzipien und Richtlinien des Grundgesetzes verpflichtet ist, hervorgehoben. „Erst die Kenntnis der relevanten Daten und die Möglichkeit, die durch sie vermittelten Informationen mit Hilfe der Statistik zu nutzen, schafft die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage“. Soweit das Zitat aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil.

Der hier formulierte hohe Anspruch, der an die Statistik gestellt wird, wird ergänzt durch die in § 2 Abs. 3 unseres Landesstatistikgesetzes normierten Grundsätze der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit.

Diese Grundsätze verdeutlichen Anspruch und Verpflichtung der amtlichen Statistik, die Informationen für das gesamte Gemeinwesen bereitzustellen und aktiv zur Sicherung der informationellen Infrastruktur beizutragen.

Auflage aus dem Volkszählungsurteil ist es, daß die Statistik sich mit der fortschreitenden Methodendiskussion auseinandersetzt und den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechend sachgerechte Konzepte, Methoden, und technische Verfahren der Informationsgewinnung und -darbietung einsetzt.

Sich diesen Anforderungen zu stellen, bedeutet aber auch, in der täglichen Praxis Kompromisse eingehen zu müssen. Die Leere der Öffentlichen Kassen zwingt verstärkt zu Einsparungen, die oftmals bis an die Schmerzgrenze herangehen und sie auch schon in dem einen oder anderen Fall überschreiten.

Von einer restriktiven Haushaltspolitik ist insbesondere der Personalbereich betroffen. So mußten und müssen bedauerlicherweise oftmals Vorhaben scheitern oder sich bis zu ihrer Realisierung unverhältnismäßig lange hinziehen, weil die notwendige Personalausstattung entweder nicht bzw. nicht rechtzeitig bewilligt wird oder aber Sparmaßnahmen zum Opfer fällt. Ich darf in diesem Zusammenhang beispielhaft auf unsere landesinterne Gewerbeanzeigenstatistik hinweisen oder an die „unendliche Geschichte“ der Personalbeschaffung für den Aufbau unserer Statistischen Datenbank erinnern.

Die „Entrümpelung“ der amtlichen Statistik von Überflüssigem mit dem Ziel der Entlastung der Berichtspflichtigen, aber auch der statistischen Ämter, ist an sich eine gute Sache. Auch Schleswig-Holstein hatte sich Anfang der 80er Jahre der Statistikbereinigung verschrieben und ist auf Bundesratsebene initiativ geworden.

Die Bemühungen dürfen aber nicht dazu führen, daß eine Reduzierung des statistischen Programms ausschließlich um ihrer selbst willen gemacht wird. Vereinzelt ist auf Bundesebene schon so etwas wie eine „Statistikgegnerschaft“ auszumachen.

Im Gegenteil, es muß auch die Möglichkeit einer maßvollen Ergänzung des bisherigen Angebotes an Statistiken bestehen. So muß einem veränderten Informationsbedürfnis der Länder, zu dessen Berücksichtigung der Bund auf dem Gebiete der Statistik für Bundeszwecke ja rechtlich verpflichtet ist, Rechnung getragen werden.

Um auch hier ein aktuelles Beispiel zu nennen, die Fremdenverkehrsstatistik ist in ihrer derzeitigen Form für ein Urlaubsland wie Schleswig-Holstein wenig aussagekräftig. Es wird einiger Anstrengungen bedürfen, in diesem Bereich ein Umdenken des Bundes und damit Veränderungen zugunsten der Länder zu bewirken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe hiermit bereits den Gesichtspunkt der Bewahrung des föderalstaatlichen Prinzips in der Bundesrepublik Deutschland angesprochen. Angesichts des am 1. Januar des nächsten Jahres beginnenden Binnenmarktes und der sich als Folge des Maastrichter Vertragswerkes abzeichnenden Europäischen Einigung gewinnt das Thema „Statistik“ auch auf europäischer

Ebene eine größere Bedeutung. Mit dem Kompetenzverlust des Bundes infolge einer Europäischen Union ist zugleich ein weiteres Zurückdrängen der Länder im innerstaatlichen Gefüge zu befürchten.

Die EG-Statistik wird, wenn man sich einmal aufmerksam das vom Statistischen Amt der EG (Eurostat) aufgestellte statistische Programm der Europäischen Gemeinschaft 1993 — 1997 ansieht, an Bedeutung und Umfang zunehmen. Ein als Folge dieser Entwicklung wachsender Zugriff der EG auf die nationale amtliche Statistik kann, soweit jetzt bereits erkennbar, einen Eingriff in den nach föderalistischen Grundsätzen vereinbarten Arbeitsschnitt zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der amtlichen Statistik bedeuten. Es gilt auch, zukünftig sorgsam die Entwicklung zu beobachten und Bestrebungen, die dem föderalistischen Prinzip zuwiderlaufen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Aber nicht nur die von mir genannten Problemfelder mit europäischem oder Bundesbezug werden neben Ihrem künftigen statistischen Alltagsgeschäft, Herr Dr. Kirschner, eine Rolle spielen.

Ein besonderes Anliegen des schleswig-holsteinischen Landtages ist es, die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung weiterzuentwickeln.

Die Einführung einer umweltökonomischen Gesamtrechnung soll ermöglichen, die Folgekosten des Wirtschaftens auf Schleswig-Holstein bezogen, so weit wie möglich nachzuvollziehen. Denn noch immer wird das Bruttosozialprodukt als Wohlstandsindikator verwendet. Aber ein zunehmender Teil davon besteht aus kompensatorischen Kosten, d. h. „Reparaturaufwendungen“, die erforderlich werden, um negative Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten zu kompensieren.

Ziel ist es, in Zukunft Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftsberichterstattung miteinander zu verbinden.

Ich könnte mir vorstellen, Herr Dr. Kirschner, daß uns hier insbesondere auch Ihre Erfahrungen zugute kommen, die Sie bei ZUMA in Mannheim sammeln konnten, nicht nur von methodischen Ansätzen her, sondern auch von den nachher in der praktischen Verwirklichung eigentlich dann erst spannend werdenden Fragen. Ich könnte mir auch gut vorstellen, daß wir in einigen Wochen oder Monaten ein kleines Symposium machen, wo wir uns einmal von Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vortragen lassen, wie weit der Stand der Überlegung ist. Wir haben hier zusammen mit Herrn Dr. Mohr und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch Vorarbeiten schon angedacht und geleistet. Vielleicht nutzen wir die Gelegenheit in einigen Wochen

oder Monaten, darüber einmal auch in größerem Kreise zu diskutieren. Mir ginge es vor allem darum, daß auch die Nutzer in diese Diskussion miteinbezogen werden.

Ich wollte die Gelegenheit nutzen, Ihr Augenmerk auf dieses für Schleswig-Holstein sehr wichtige Thema zu lenken.

Schließlich erscheint mir erwähnenswert, daß ein zügiger Fortgang der Arbeiten beim Aufbau der statistischen Datenbank Voraussetzung dafür ist, die Leistungsfähigkeit Ihres Amtes auf dem Gebiet der Informationsbereitstellung entscheidend zu verbessern. Es sind bisher gute Fortschritte erzielt worden. Ich hoffe,

daß es Ihnen trotz knapper Haushaltsmittel gelingen wird, auf diesem Gebiet weiter voranzukommen.

Herr Dr. Kirschner, ich wünsche Ihnen für Ihre neue verantwortungsvolle Aufgabe im Interesse unseres Landes allzeit ein gutes Gelingen.

Sie, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bitte ich, Ihren neuen Amtsleiter nach Kräften zu unterstützen. Tragen Sie dazu bei, daß das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein auch weiterhin seinem guten Ruf in bewährter Weise gerecht wird.

Ich danke Ihnen.

Dr. Kirschner antwortete:

Herr Staatssekretär,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

ich möchte mich zunächst bei Ihnen, Herr Staatssekretär, für Ihre einführenden Worte bedanken. Sehr gefreut habe ich mich über den herzlichen Willkommensgruß, den mir der Personalrat über Sie, Frau Stahr, vermittelt hat.

Ich nehme hier gerne die Gelegenheit wahr, mich erstmals der Amtsöffentlichkeit vorzustellen. Es werden Gespräche im kleineren Kreise folgen, und ich werde dabei sicherlich mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes zu einem Gedankenaustausch kommen. Wie Sie wissen, hat es bereits eine erste Besprechung mit den Mitgliedern des Personalrates und auch fachliche Diskussionen mit fast allen Dezernenten hier im Hause gegeben.

Sie haben soeben gehört, daß ich aus Berlin komme. Ich stamme allerdings nicht aus Berlin, um dies gleich hinzuzufügen. „Zugezogener“ war ich einige Male; mich in sehr verschiedene Gegenden Deutschlands einzuleben war mir stets anregende Herausforderung. Ich bin sicher, daß ich mich bald im schönen Lande Schleswig-Holstein zu Hause fühlen werde.

Der Vollständigkeit halber sollte ich hinzufügen, daß ich Abteilungsleiter im Statistischen Landesamt Berlin war, wo ich verschiedene Funktionen wahrgenommen habe.

Ich war zuletzt zuständig für die maschinelle Durchführung, genauer: für die Kommunikationstechnik und die statistischen Methoden. Wenn man mich denn so fragt, was ich außer amtlicher Statistiker noch sei, antworte ich gerne, empirischer Sozialwissenschaftler mit methodischer Ausrichtung; und dies möge an dieser Stelle für Sie als ein ganz kurzer Abriß meiner beruflichen Herkunft genügen.

Es ist für mich selbstverständlich eine große Ehre, zum Leiter des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein ernannt worden zu sein. Es bedeutet aber, wie der Herr Staatssekretär es schon andeutete, ganz gewiß auch die Übernahme einer wichtigen und verantwortungsvollen Aufgabe. Es kommen auf alle Statistischen Landesämter schwierige fachliche Problemstellungen zu. Einige davon haben Sie, Herr Staatssekretär, in Ihrer Einführungsrede bereits umrissen. Sie haben zugleich deutlich den engen haushaltsmäßigen Rahmen beschrieben, der zu beachten ist, wenn es gilt, die Problemstellungen anzupacken. Wir haben uns darauf einzustellen, daß von der EG neue, vielleicht sogar neuartige Anforderungen statistischer Art auf die Ämter zukommen werden. Es muß rasch gelingen, moderne Techniken für die statistische Produktion einzuführen und nutzbar zu machen. Es gilt nicht zuletzt, darüber nachzudenken, wie denn eine nächste Zählung des Volkes aussehen könnte. Ich glaube, es ist realistisch, davon auszugehen, daß dieses Thema in gar nicht so ferner Zukunft von der EG selbst auf die Tagesordnung gesetzt werden wird.

Ich möchte hier um Verständnis bitten, wenn ich mich weitergehender programmatischer Äußerungen zu unserer zukünftigen Arbeit enthalte. Wie Sie wissen, sind wir in eine Ist-Aufnahme eingetreten, und es wird Sache der Schlüsse sein, die wir aus dieser Ist-Aufnahme ziehen, welche Akzente zu setzen sind, um auch zukünftig eine effiziente Statistikproduktion zur Zufriedenheit der Nutzer der Statistik unter den gegebenen Rahmenbedingungen sicherzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, ich wünsche uns, daß wir erfolgreich den wichtigen Rohstoff Information zum Wohle des Landes nutzbar machen können. Ich wünsche uns, daß wir ein wenig mit dazu beitragen können, öffentliche Güter gerecht zu verteilen; ich hoffe, daß wir — und dies trifft das Thema der maßvollen Erweiterung des statistischen Pro-

gramms — mit den Ergebnissen der amtlichen Statistik helfen können, die fortschreitende gesellschaftliche Differenzierung und auch die wachsende Staatsdurchdringung aller Lebensbereiche transparent zu machen. Ich wünsche uns, daß stets deutlich bleibt, daß ein auf Dauer angelegtes statistisches Informationssystem, so wie es im Landesstatistikgesetz auch vorgesehen ist, eine der preiswertesten Ressourcen sind, über die die Gesellschaft verfügt. Es sollte aber auch deutlich bleiben, daß Statistikdurchführung eine ganz normale staatliche Tätigkeit ist.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen. Ich wünsche uns, ich möchte es noch einmal wiederholen, daß wir den wichtigen Rohstoff Information für unser Land nachhaltig nutzbar machen können, und ich darf sagen: packen wir's an.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Fachoberschulen in Schleswig-Holstein

Die Entstehung dieser Schulform

Das allgemeinbildende Schulsystem ist überschaubar gegliedert und bietet als höchsten Abschluß des Gymnasiums das Abitur, das zum Studieren an der Universität berechtigt. Die Möglichkeiten einer qualifizierten Ausbildung im berufsbildenden Schulsystem dagegen sind vielschichtiger und zumeist nur Eingeweihten geläufig. Um dem Bedürfnis von Wirtschaft und Verwaltung nach Mitarbeitern mit fundierter beruflicher Ausbildung und Erfahrung zu genügen, wurde als ein Ergebnis der bildungspolitischen Diskussion der sechziger Jahre die Fachhochschule eingerichtet. Sie wurde geschaffen durch Überleitung aus den Ingenieurschulen und höheren Fachschulen. Als Weiterentwicklung des berufsbildenden Schulsystems und als spezielle Vorbereitungsschule zur Fachhochschule sollten Fachoberschulen¹ eingerichtet werden, die den Anwendungsbezug des Lehrstoffes und die berufspraktischen Komponenten vertiefen.

An den Fachoberschulen sollten Jugendliche mit mittlerem Schulabschluß die Zugangsberechtigung zur Fachhochschule erwerben können. Verschiedene Fachbereiche wurden vorgesehen, so Ingenieurwesen, Wirtschaft, Sozialpädagogik, Sozialarbeit, Gestaltung, Agrarwirtschaft u. a. Die Fachoberschulen waren konzipiert als der Regelzugangsweg zur Fachhochschule. Die Schüler sollten ihr in einem berufsqualifizierenden Bildungsgang erworbenes Wissen in praktischer Übung vertiefen und zugleich für den unmittelbaren Einstieg in die Berufspraxis gefördert werden. Die Bildungsziele und -inhalte sollten sich von denen des allgemeinbildenden Gymnasiums unterscheiden. Ohne Übergangsschwierigkeiten sollten die Absolventen der Fachoberschule in ihrem Fachbereich an Fachhochschulen studieren können. Dabei sollte die fachpraktische Erfahrung so ausgebaut sein, daß sie für die Fachtheorie fruchtbar eingebracht werden kann. Entsprechend sollte ein hochqualifizierender Abschluß an einer Fachhochschule vorrangig auf die Berufspraxis vorbereiten und nicht als Zubringer zu den Universitäten mißverstanden werden. Fachoberschulen waren in

Vollzeit- oder Teilzeitform konzipiert. Letztere Form wird in Schleswig-Holstein erst seit dem Schuljahr 1987/88 angeboten.

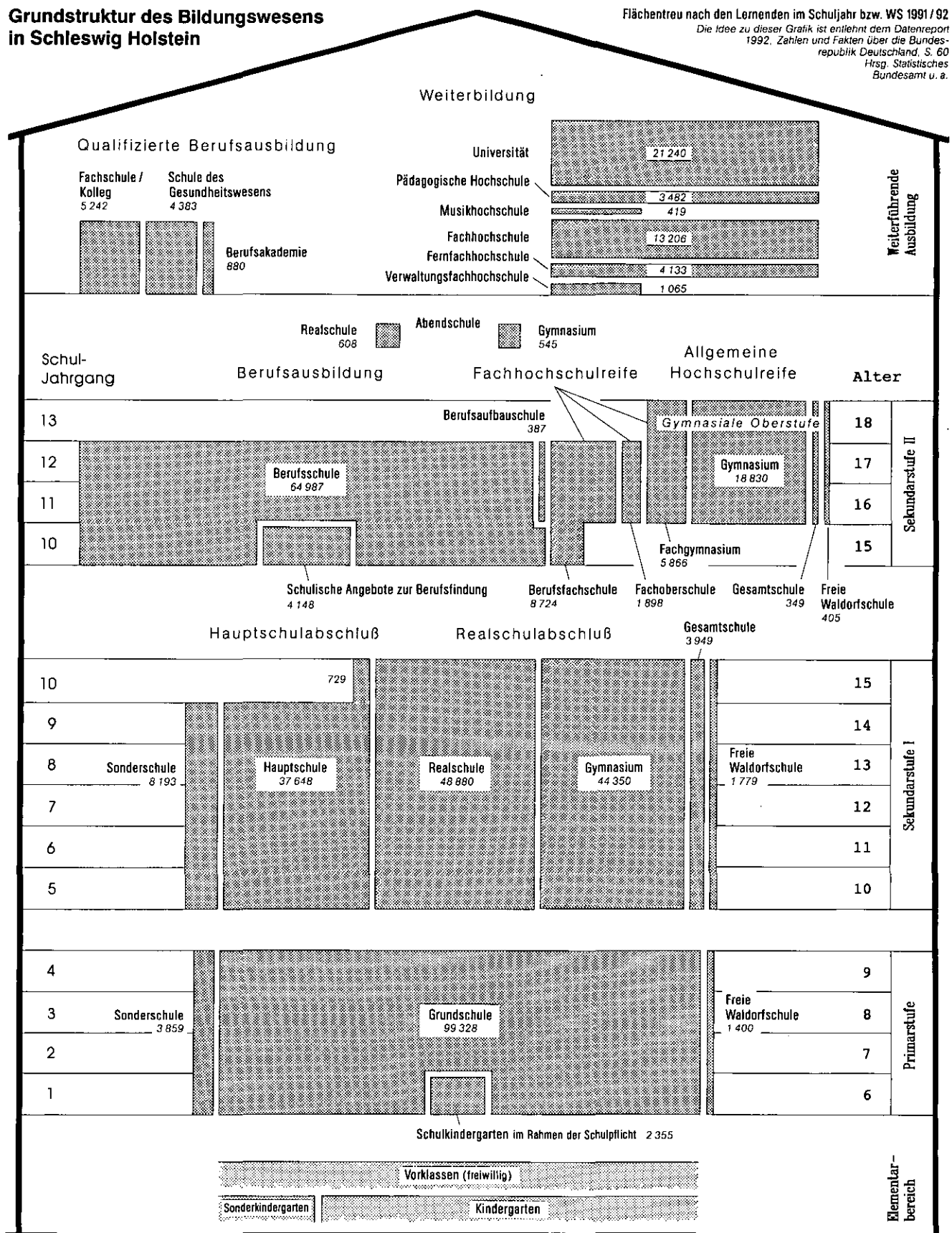
Der Werdegang der Schulform Fachoberschule ist allerdings von einigen Besonderheiten gekennzeichnet. Im Februar 1969 beschloß die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder, daß Schulen, die mit der 12. Klasse enden und zur Fachhochschulreife führen, die Bezeichnung „Fachoberschule“ tragen sollen. In Ausführung dieses Abkommens und unter Bezugnahme auf das Gesetz über Fachhochschulen im Lande Schleswig-Holstein vom 26. Juni 1969 (GVOBl. Schleswig-Holstein S. 114) wurden mit Erlaß des Kultusministers vom 25. Mai 1970 Fachoberschulen in Schleswig-Holstein eingeführt. Im näheren wurde ausgeführt:

- Der Bildungsinhalt wird im wesentlichen von den Erfordernissen des Studiums an der Fachhochschule bestimmt. Von besonderer Wichtigkeit ist der Praxisbezug der Ausbildung. Eine Pflichtfremdsprache wird gelehrt, und eine zweite Fremdsprache kann als Wahlfach belegt werden.
- Die Ausbildung dauert zwei Jahre (Klasse 11 und 12). Der Lehrplan umfaßt allgemeinen Pflichtunterricht sowie Wahlpflichtfächer aus berufsbezogenen Gebieten.
- Die Fachoberschulen werden berufsbildenden Schulen angegliedert und den Leitern dieser Schulen unterstellt. Sie sind jedoch selbständige Schulen.
- Aufnahmevoraussetzung in die Klasse 11 ist das Abschlußzeugnis der Realschule oder ein als gleichwertig anerkanntes Zeugnis.
- Unmittelbar in die Klasse 12 kann eintreten, wer das Versetzungszeugnis nach Klasse 12 eines Fachgymnasiums, also eines sozialwirtschaftlichen, technischen oder Wirtschaftsgymnasiums besitzt. Ausnahmsweise kann in die Klasse 12 aufgenommen werden, wer einen mittleren Bildungsabschluß vorlegen kann, eine Lehre abgeschlossen hat und die für eine Mitarbeit in der Fachoberschule erforderlichen Kenntnisse vor einer Aufnahmekommission nachweisen kann.
- Wer die Abschlußprüfung am Ende der 12. Klasse besteht, erhält das Zeugnis der Fachhochschulreife. Außer zum Besuch einer Fachhochschule berechtigt dieser Abschluß zur Fortsetzung der Ausbildung in Klasse 13 eines Fachgymnasiums, sofern die fachtypischen Grundkenntnisse nachgewiesen werden können.

¹) Der Leser möge sich nicht von ähnlich lautenden Bezeichnungen berufsbildender Schulen verwirren lassen: Berufsfachschule, Fachgymnasium, Fachschule, Fachoberschule. Sie alle stehen für unterschiedliche Bildungsgänge.

Grundstruktur des Bildungswesens in Schleswig Holstein

Flächentreu nach den Lernenden im Schuljahr bzw. WS 1991/92
Die Idee zu dieser Grafik ist entlehnt dem Datenreport
1992, Zahlen und Fakten über die Bundes-
republik Deutschland, S. 60
Hrsg. Statistisches
Bundesamt u. a.



Die Nichtschulartbezogene Schulform ist nicht enthalten

D 6043 Stat. LA S-H

- Der Unterricht wird von Lehrern erteilt, die die Prüfung für das höhere Lehramt an berufsbildenden Schulen oder an Gymnasien abgelegt haben.

Fachoberschulen wurden zunächst an bereits bestehenden berufsbildenden Schulen in Kiel, Lübeck, Flensburg, Neumünster, Rendsburg, Husum, Elmshorn, Eutin und Bad Oldesloe eingerichtet. Schulträger waren die Kreise oder kreisfreien Städte, die damit auch die sächlichen Kosten zu tragen hatten, die persönlichen Kosten wurden vom Land aufgebracht.

Bereits ein Jahr später bestimmte jedoch der schleswig-holsteinische Kultusminister, daß sein Erlaß über die Errichtung von Fachoberschulen nur noch für die Klasse 12 gelten und mit dem 31. Juli 1972 völlig außer Kraft treten sollte. Die Fachoberschulen wurden in das Fachgymnasium integriert, zu dem ein Jahr zuvor die Wirtschaftsgymnasien, sozialwirtschaftlichen und technischen Gymnasien zusammengefaßt worden waren. Im Erlaß des Kultusministers vom 12. Mai 1971 zur Weiterentwicklung des Wirtschaftsgymnasiums, des sozialwissenschaftlichen Gymnasiums, des technischen Gymnasiums und der Fachoberschulen zum Fachgymnasium heißt es: „Die Klassen 11 und 12 des Fachgymnasiums sind zugleich Fachoberschule im Sinne von § 6 Schulverwaltungsgesetz“. Weiter heißt es: „Schüler der Fachoberschule, die zum Schuljahrswechsel 1971 nicht nach Klasse 12 versetzt werden, setzen ihre Ausbildung in Klasse 11 des Fachgymnasiums fort. Schüler der Fachoberschule, die zum Schuljahreswechsel 1972 nicht die Abschlußprüfung bestehen, setzen ihre Ausbildung in Klasse 12 des Fachgymnasiums fort“.

In den Kreisen wurden Fachgymnasien angestrebt, die alle drei Zweige — den wirtschaftlichen, den sozialwirtschaftlichen und den technischen — mit jeweils mindestens einem Zug aufsteigender Klassen führen. In den kreisfreien Städten sollte einstweilen das nach Zweigen getrennte Fachgymnasium die Regel sein. Damit wurde das berufliche Schulwesen ausgebaut, „um im Sinne einer optimalen Durchlässigkeit und Begabtenförderung für Studienangebote zur Vertiefung und Verbreiterung sowohl des theoretischen Wissens als auch zur Umsetzung des Fachwissens zugunsten von Entwicklung und Produktion in der Wirtschaft vorzubereiten“. Damit sollten die beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein ein attraktives alternatives Bildungsangebot zu den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen nach dem neunten bzw. zehnten Schuljahr bieten.

Die Eingliederung der Fachoberschule in die Fachgymnasien erfolgte vor allem aus finanziellen Gründen. Es mag zu dieser Entscheidung auch beigetragen haben, daß bereits von den ersten Absolventen der neugegrün-

deten Fachoberschulen gefordert wurde, nahtlos in die 13. Klasse des Fachgymnasiums überwechseln zu können, um auch über das berufsbildende Schulsystem die allgemeine Hochschulreife erwerben zu können.

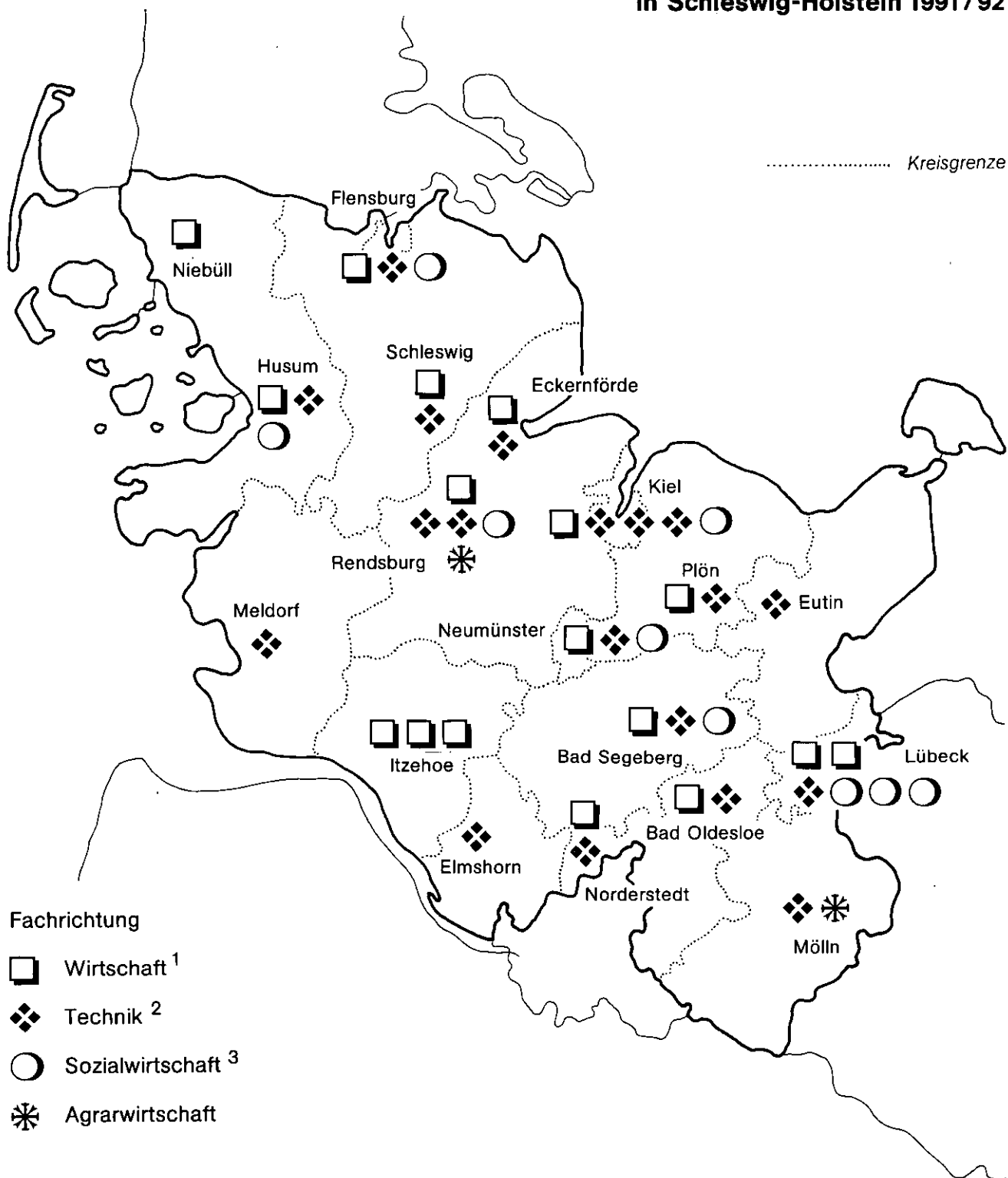
Die Zusammenfassung so unterschiedlicher Schulformen wurde jedoch Mitte der siebziger Jahre wieder aufgegeben. Der Sonderweg Schleswig-Holsteins entsprach nicht den ursprünglichen Vorstellungen der Ständigen Konferenz der Kultusminister. Es setzte sich die Erkenntnis durch, daß das Anliegen vieler Absolventen einer beruflichen Erstausbildung, die Berechtigung für ein Studium an einer Fachhochschule in einem unmittelbar zur Fachhochschule führenden Bildungsgang zu erwerben, mit einer Ausbildung an einer gesonderten Fachoberschule besser befriedigt werden kann. 1977 führte Schleswig-Holstein die Fachoberschule Klasse 12 als selbständigen Bildungsgang an den berufsbildenden Schulen wieder ein. In diesem Ausbildungsgang können Schülerinnen und Schüler mit abgeschlossener Berufsausbildung in einem Jahr die allgemeine Fachhochschulreife erwerben und sich damit für ein Studium in allen Fachrichtungen der Fachhochschule qualifizieren. Als weitere Aufnahmevoraussetzung ist ein Realschulabschluß nachzuweisen oder ein gleichwertiger Abschluß wie der der Berufsfachschule oder Berufsaufbauschule oder eine Versetzung nach Klasse 11 des Gymnasiums. Mit dieser Strukturreform der Fachoberschule wurde ab dem Schuljahr 1977/78 zum Regelausbildungsgang erklärt, was in dem oben zitierten Erlaß vom 25. Mai 1970 noch als Ausnahme angesprochen worden war.

Es wird Vollzeitunterricht erteilt, der in einen allgemeinen und einen fachbezogenen Lernbereich gegliedert ist, wobei für die allgemeinen Fächer Deutsch, Englisch, Mathematik, Chemie, Religion oder Philosophie, Gemeinschaftskunde und Sport zwei Drittel der dreißig Wochenstunden eingesetzt werden. Der fachbezogene Lernbereich ist in drei Fachrichtungen gegliedert und umfaßt

- in der Fachrichtung Wirtschaft die Fächer Wirtschaftslehre, Wirtschaftsrecht und betriebliches Rechnungswesen,
- in der Fachrichtung Technik die Fächer Technik oder Gestaltung sowie Physik,
- in der sozialwirtschaftlichen Fachrichtung Ernährungslehre, Gesundheitslehre oder Pädagogik, Psychologie und Biologie.

Die Ausbildung wird mit einer Prüfung abgeschlossen. Schriftliche Prüfungsarbeiten sind anzufertigen in Deutsch, Englisch, Mathematik und einem Schwerpunktfach. Über die mündliche Prüfung befindet der Prüfungsausschuß, wobei der Prüfling Fächer seiner

Standorte der Fachoberschulen in Schleswig-Holstein 1991/92



- 1) davon in Lübeck: 1 private Schule
in Itzehoe: 2 private Schulen (davon 1 mit Teilzeitunterricht)
- 2) davon in Rendsburg: 1 Schule mit Teilzeitunterricht
- 3) davon in Lübeck: 1 Schule mit Teilzeitunterricht

Wahl angeben kann. Grundsätzlich kann der Absolvent der Fachoberschule nicht in die Studienstufe eines Fachgymnasiums übergehen.

Mit der berufsbezogenen Alternative wird der Wert der beruflichen Bildung erhöht und im dualen Bildungssystem ein Aufstieg ermöglicht. Dieser Bildungsweg ist mit geringeren Risiken behaftet, weil der Fortbildungswillige — selbst wenn sein Vorhaben scheitert — über eine sichere berufliche Grundqualifikation verfügt. Dies trägt wesentlich zur Attraktivität der Fachhochschulen bei.

Schulen, Klassen und Schüler

Der Weg, über die Fachoberschule zu einer anspruchsvollen Berufsausbildung zu gelangen, wurde nach anfänglichem Zögern von immer mehr Fortbildungswilligen beschritten. Vom Schuljahr 1977/78 mit 11 öffentlichen Schulen ist die Zahl bis 1991/92 mehr als verdreifacht worden. Darunter sind seit 1987/88 auch private Schulen; im Jahre 1991/92 waren es drei Schulen mit insgesamt 52 Schülerinnen und Schülern. Noch

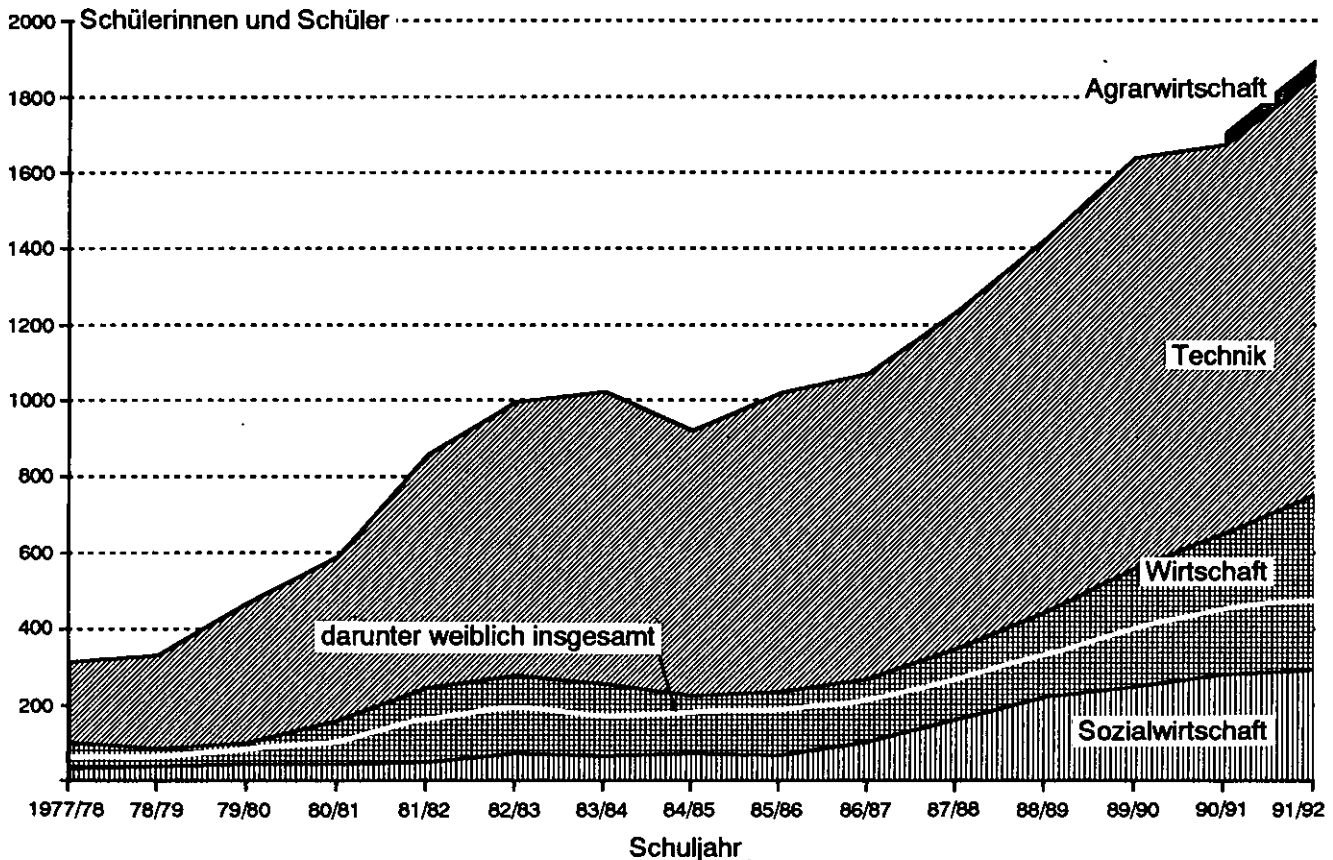
deutlicher fällt die Zunahme der Klassenzahlen aus. Von Schuljahr zu Schuljahr wurden zusätzliche Klassen eingerichtet, so daß gegenwärtig an den insgesamt 35 Fachoberschulen 80 Klassen angeboten werden. Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt im gesamten Betrachtungszeitraum im Fachbereich Technik, auf den mindestens die Hälfte, in manchen Jahren sogar drei Viertel der Klassen entfallen.

Die hervorragende Bedeutung der Fachoberschule für die Ausbildungsplanung vieler junger Menschen verdeutlicht die Entwicklung der Schülerzahl. Entschieden sich im Schuljahr 1977/78 erst 317 Schülerinnen und Schüler für die neu eingerichtete Fachoberschule, so hat sich ihre Zahl bis zum Schuljahr 1991/92 versechsfacht.

Die Grafik zeigt eine fast durchgängige Zunahme der Zahl der Schülerinnen und Schüler, in den Schuljahren 1979/80 und 1981/82 kam es sogar zu Zuwachsraten von über 40 %. Lediglich im Schuljahr 1983/84 ergab sich mit einem Plus von nur 26 Schülern fast eine Stagnation, die im folgenden Jahr sogar in eine Abnahme der Schülerzahl um 10 % umkippte. Zu dieser

SchülerInnen und Schüler an den Fachoberschulen nach Bereichen

D 6038 Stat. La S-H



Entwicklung der Fachoberschulen in Schleswig-Holstein (öffentlich und privat) in ausgewählten Schuljahren

Fachrichtung	Schulen	Klassen	Schülerinnen und Schüler
Schuljahr 1977/78			
Wirtschaft		3	71
Technik		9	211
Sozialwirtschaft		2	35
Insgesamt	11	14	317
Schuljahr 1981/82			
Wirtschaft		8	196
Technik		23	610
Sozialwirtschaft		2	53
Insgesamt	16	33	859
Schuljahr 1986/87			
Wirtschaft		7	166
Technik		31	801
Sozialwirtschaft		5	107
Insgesamt	21	43	1 074
Schuljahr 1991/92*			
Wirtschaft		23	458
Technik		43	1 104
Sozialwirtschaft		12	297
Agrarwirtschaft		2	39
Insgesamt	35	80	1 898

* Darunter 3 private Schulen mit 4 Klassen
und 52 Schülerinnen und Schülern

Entwicklung haben Veränderungen im Fachbereich Wirtschaft und Technik beigetragen: Ersterer hatte im Schuljahr 1982/83 noch 205 Schüler gehabt, davon aber bis zum Schuljahr 1984/85 ein Viertel verloren. Erst im Schuljahr 1988/89 war dieser Wert mit 222 Schülerinnen und Schülern wieder erreicht. Im Schuljahr 1984/85 kam noch ein Rückgang der Teilnehmer im Bereich Technik um 70 Personen hinzu, so daß die Gesamtzahl der Besucher um gut 100 zurückging — ein einmaliger Vorgang in der Entwicklung der Fachoberschulen.

Der Fachbereich Technik wies stets die mit Abstand höchste Schülerzahl auf. Abgesehen vom Anfangsjahr besuchten bis zum Schuljahr 1987/88 über 70 % der Schülerinnen und Schüler diesen Ausbildungsgang, im Schuljahr 1979/80 betrug dieser Anteil sogar 78 %. Erst in den letzten vier Jahren ging die relative Bedeutung des Fachbereiches Technik zurück. Das Gewicht der anderen Ausbildungsgänge wurde noch dadurch etwas

erhöht, daß seit dem Schuljahr 1990/91 in Rendsburg und Mölln der Fachbereich Agrarwirtschaft mit allerdings noch geringer Schülerzahl gesondert angeboten wird. Im Schuljahr 1991/92 betrug der Anteil der „Techniker“ 58 %.

Bis zum Schuljahr 1986/87 kamen die jungen Frauen auf einen Anteil an allen Schülerinnen und Schülern von höchstens 20 %. Erst in den folgenden Jahren erhöhte sich die Quote allmählich bis auf 27 % im Schuljahr 1990/91. Zu dem an der Fachoberschule dominierenden Fachbereich Technik haben Frauen — gemessen an der Zahl der Schülerinnen — offenbar nur eine geringe Neigung. Nur in den Schuljahren 1985/86, 1988/89 und 1990/91 war eine zweistellige Frauenquote festzustellen. Der Bereich Sozialwirtschaft dagegen ist die Domäne der Frauen, im Beobachtungszeitraum betrug ihr Anteil im Durchschnitt 70 % mit Schwankungen bis zu zehn Prozentpunkten. Im Bereich Wirtschaft beträgt der Frauenanteil etwa ein Drittel.

Wird davon ausgegangen, daß die Schülerinnen und Schüler des Beobachtungsjahres die Absolventen des Folgejahres sind, so läßt sich eine Erfolgsquote von etwa 80 % errechnen. Bei dieser Quote ist zu berücksichtigen, daß der Weg zur Fachhochschulreife nicht einfach ist. Die Schülerinnen und Schüler dieser Schulform bringen recht unterschiedliche Eingangsvoraussetzungen mit, und sie müssen sich nach mindestens dreijähriger Unterbrechung wieder auf einen konzentrierten ganzwöchigen Schulbetrieb einstellen. Die besonderen Arbeitsweisen und -haltungen eines Schülers müssen neu erworben werden. Das Durchschnittsalter beim Erwerb der Fachhochschulreife beträgt 22 Jahre — im Vergleich dazu liegt das Alter der Abiturienten bei 20 Jahren.

Studien- und Berufswünsche

Die Fachoberschüler werden aufgrund des Hochschulstatistikgesetzes jährlich nach ihren Studien- und Berufswünschen befragt.

Nimmt man Schülerinnen und Schüler zusammen, dann gaben im Durchschnitt der betrachteten Jahre gut drei Viertel von ihnen an, daß sie ein Studium an einer Fachhochschule anstreben. Auffallend ist, daß die Neigung zum Studium zwischen Schülerinnen und Schülern so deutlich auseinanderfällt. Nur gut sechs von zehn Frauen wollten zum Zeitpunkt der Befragung zur Fachhochschule gehen, während dies immerhin acht von zehn Männern bekundeten. Wahrscheinlich werden

**Studienabsichten der Schülerinnen und Schüler
an den Fachoberschulen in Schleswig-Holstein**

Schuljahr	Mit Studienabsicht		Ohne Studienabsicht		Noch unentschieden	
	zusammen	dar.weibl.	zusammen	dar.weibl.	zusammen	dar.weibl.
1977/78	79	70	3	5	18	25
1978/79	83	73	5	9	13	18
1979/80	82	68	3	4	15	28
1980/81	80	69	3	8	17	23
1981/82	77	65	4	7	18	28
1982/83	73	59	4	8	22	33
1983/84	72	58	5	9	23	32
1984/85	73	56	6	11	22	33
1985/86	70	49	5	12	25	39
1986/87	78	62	5	11	17	27
1987/88	72	56	4	8	24	36
1988/89	84	71	4	7	12	22
1989/90	85	66	4	8	11	26
1990/91	72	54	7	12	22	34
1991/92	70	55	8	13	23	32

letztendlich sowohl für Männer als auch für Frauen die Übergangsquoten höher liegen, weil der Anteil der noch unentschiedenen — insbesondere bei den Frauen — sehr hoch ist. Diese Unsicherheit über den weiteren Bildungsweg ist überraschend, und es bleibt verwunderlich, daß nach Abschluß dieses speziell auf ein

Fachhochschulstudium ausgerichteten Schulbesuchs etwa 4 % der Männer und 9 % der Frauen angeben, die erworbene Qualifikation nicht für ein Studium verwenden zu wollen.

Dr. Friedrich-Wilhelm Lück

125 Jahre Kreise in Schleswig-Holstein

Der Schleswig-Holsteinische Landkreistag hat ein reich ausgestattetes, gebundenes Werk von 340 Seiten herausgegeben, in dem er in einer interessanten und ausgewogenen Mischung von Text, Bildern, Karten, Grafik, statistischen Tabellen, Reproduktionen historischer Dokumente und Zeittafeln die 125 Jahre seines Bestehens Revue passieren läßt und eine kritische Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Probleme bietet. Das Buch ist 1992 im Wachholtz Verlag erschienen. Es hat drei Hauptelemente: einen Aufsatzteil, die Beschreibungen der elf Kreise und einen dokumentarisch-statistischen Teil.

Der Aufsatzteil beschränkt sich auf zwei Beiträge, die aber jeweils ausführlich auf die Entwicklung und die heutige Situation der Kreise eingehen. Diese beiden Themen drängen sich natürlich auf, sie werden äußerst kompetent abgehandelt. Über „125 Jahre Kreise in Schleswig-Holstein“ — der Aufsatztitel ist mit dem des Buches also identisch — schreibt Alfons Galette, der schon in den beiden letzten Kriegsjahren und später fast die gesamten 60er und 70er Jahre Landrat des Kreises Plön war. Die Aufgaben der Kreise, so auch der Aufsatztitel, schildert Carl-August Conrad, derzeitiges Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Landkreistages.

Das Gründungsjahr 1867 des Landkreistages steht für die nach der „Besitznahme der Herzogtümer Holstein und Schleswig“ von König Wilhelm von Preußen erlassenen Verordnung „betreffend die Organisation der Kreis- und Distriktbehörden sowie der Kreisvertretung in der Provinz Schleswig-Holstein“.

Galette spannt den geschichtlichen Bogen von der Verwaltungsgliederung im Gebiet des heutigen Schleswig-Holsteins vor 1867 mit seinen Herzogtümern Schleswig, Holstein und Lauenburg und dem Fürstentum Lüneburg über

- die schleswig-holsteinische Kreisordnung 1988,
- deren Änderungen in der Weimarer Republik,
- die Entwicklung in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft,
- die Neugestaltung des Kreisverfassungsrechts durch die britische Besatzungsmacht,
- die Kreisordnungen von 1948 und 1950 und deren Neufassungen 1977 und 1990

zur heutigen Gebietsstruktur. In die 125 Jahre des Landkreistages fielen mit der Eingliederung Lauenburgs 1976, den Gebietsabtretungen infolge des Versailler Vertrages und denen des sog. Groß-Hamburg-Gesetzes von 1937 bedeutende Gebietsveränderungen sogar der Provinz Schleswig-Holstein. Aspekte der Verwaltungs-

verfassung und -gliederung wie auch Gebietsänderungen der Kreise stehen im Mittelpunkt des Beitrages. Weil sehr interessante zeitgeschichtliche Hintergründe mit dieser eher trockenen Thematik verwoben werden, ist ein Aufsatz gelungen, dessen Lektüre man getrost als Blitzkursus der jüngeren Landesgeschichte empfehlen darf. Er beschreibt auch, wie sich im Laufe der Jahrzehnte die Bezeichnungen und die Kompetenzen der in der Verwaltung tätigen Menschen gewandelt haben.

Conrad schildert zunächst die kommunale Selbstverwaltung in den Kreisen in ihrer rechtshistorischen Entwicklung. Er stellt dabei eine schwindende Bedeutung des Rechtscharakters der Aufgaben der Kreise fest. Die Einteilung in originäre und abgeleitete Aufgaben und die Abgrenzung zwischen den freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben und Pflichtaufgaben der Selbstverwaltungen seien heute nicht mehr entscheidend, die Unterscheidungskriterien seien in ihrer Bedeutung nivelliert. Statt nach rechtlichen Kriterien seien die Aufgaben der Kreise besser nach der heute üblichen Terminologie des Verwaltungsverfahrensgesetzes einzuteilen. Dieses Schema von 10 Aufgabenbereichen mit etlichen Unterpositionen bietet der Aufsatz zwar, beschränkt sich dann aber in der Schilderung bewußt auf sechs davon, nämlich auf Kreisentwicklungsplanung, Umweltschutz, Sozialhilfe, Rettungsdienst, Kulturarbeit der Kreise und den öffentlichen Personennahverkehr.

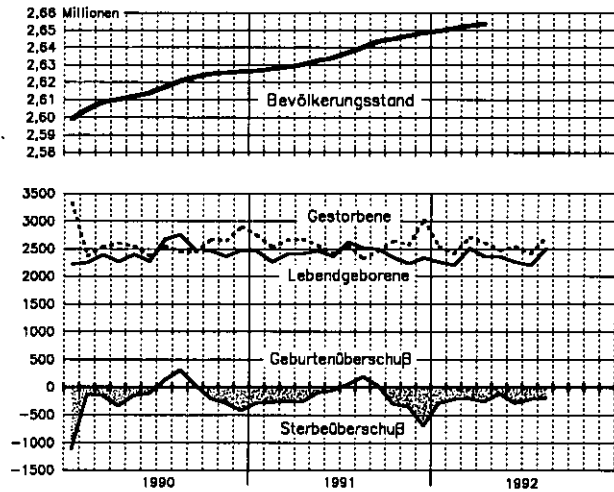
Conrad geht auch auf die Rolle der Kreise im Bundesstaat ein. Er beklagt darin, daß das Land eine Reihe günstiger Förderungsbedingungen nach der deutschen Einigung nicht mehr nutzen könne, seine Finanzautonomie zu verlieren drohe und nun seinerseits den Kreisen noch mehr als schon in den vorangegangenen Legislaturperioden eine Reihe von Leistungsverpflichtungen auferlege. Die Kreise und Gemeinden seien außerstande, die Aufgaben der 90er Jahre mit der Finanzstruktur der 70er Jahre zu erfüllen.

Der Einzelbeschreibung der elf Kreise ist der Seitenzahl nach etwa die Hälfte des Buches gewidmet. Reichhaltiges altes und neues Bildmaterial ergänzt den Text, der in eingängiger Prosa Geschichte, Landschaftsgestalt, Wirtschaft, Kultur und Bevölkerung der einzelnen Kreise und natürlich auch die von ihnen geschaffene Infrastruktur beschreibt.

Den dokumentarischen Teil des Buches bilden eine Chronologie der Landkreise und der sie repräsentierenden Personen, vier Karten verschiedener Gebietsstände der Kreise, ein rein statistischer Teil und eine Bildchronik. Der statistische Teil fällt mit 15 Seiten allerdings knapper aus, als es nach der Fülle interessanten Materials, das es für Kreise gibt, zu sein braucht.

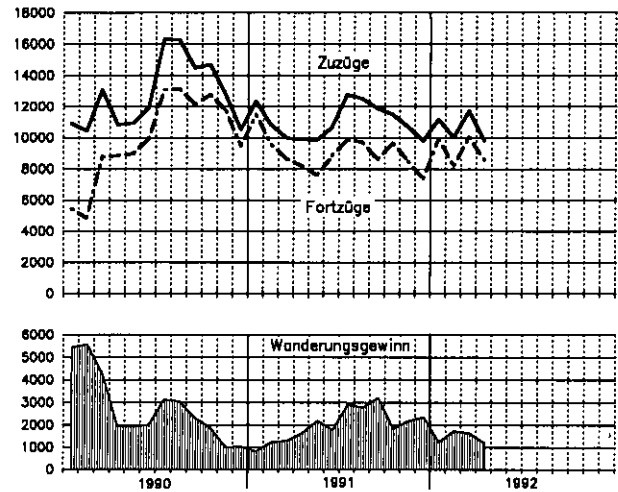
Bernd Struck

Bevölkerungsstand

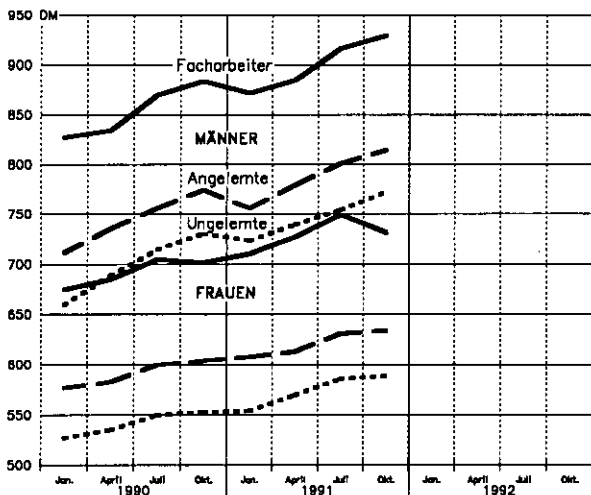


Bevölkerungsveränderung

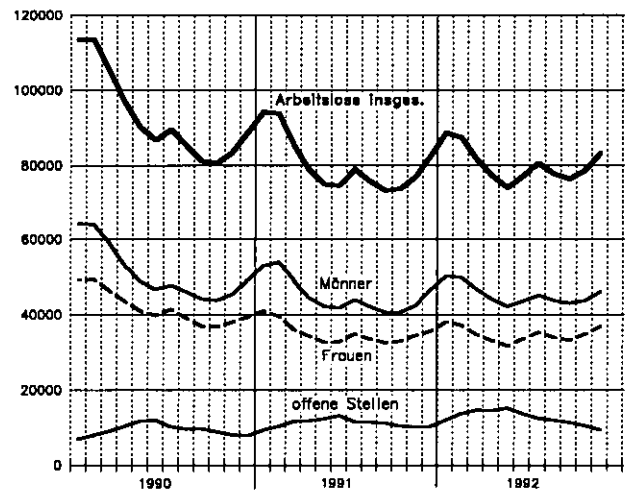
D 6009 - A Stat. LA S-H



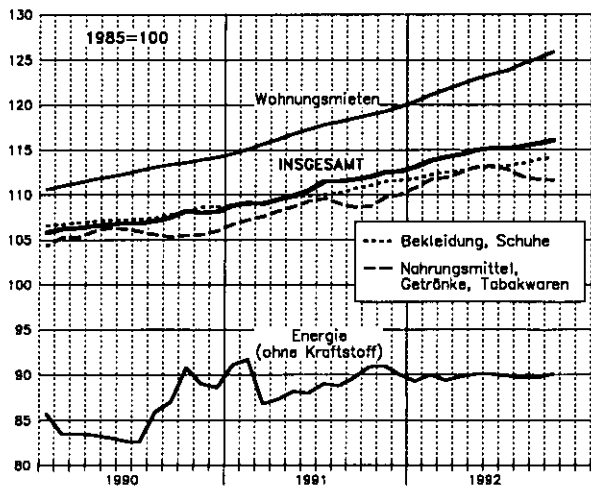
Bruttowochenverdienste



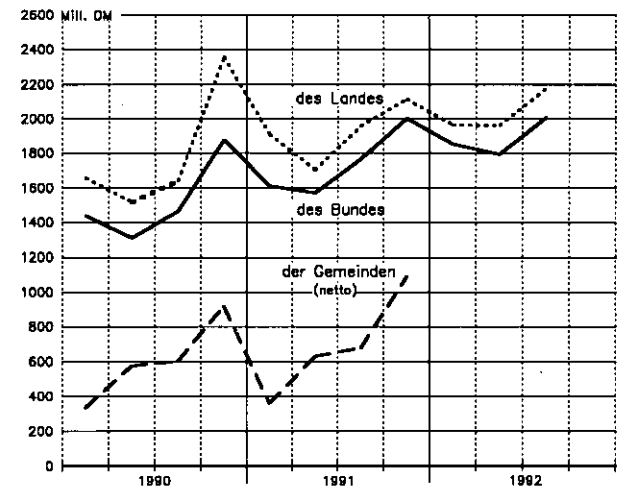
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

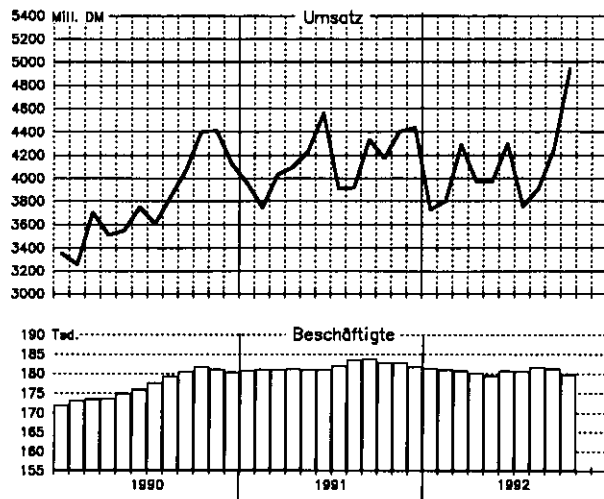


Steuereinnahmen



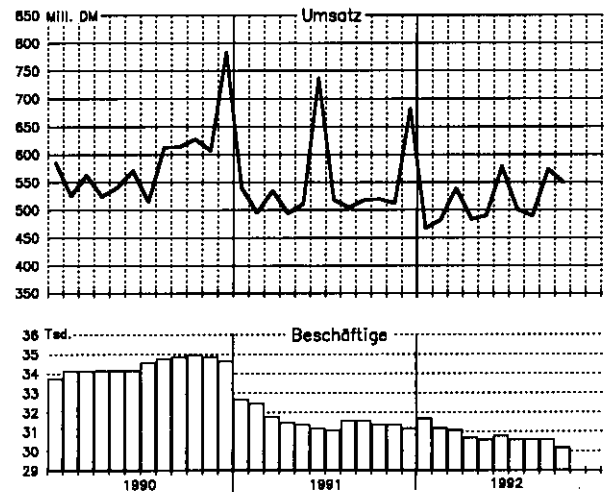
Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

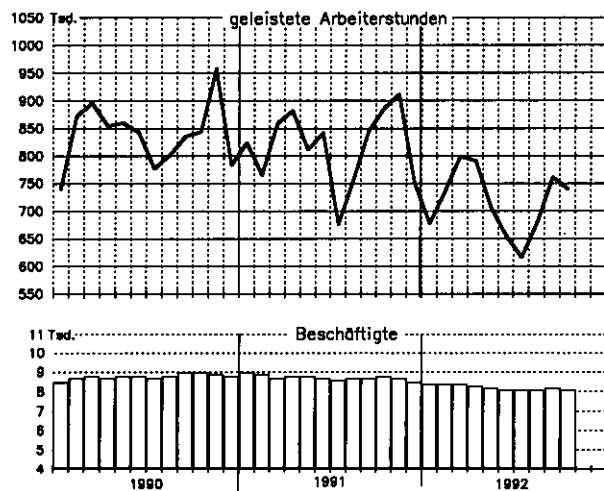


darunter Maschinenbau

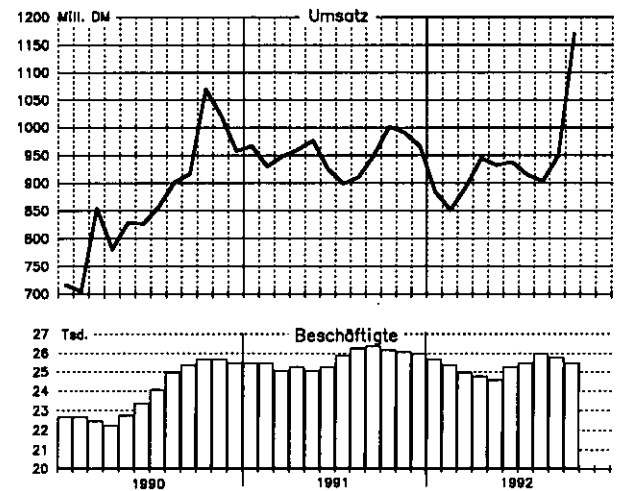
D 6010 - B Stat. LA S-H



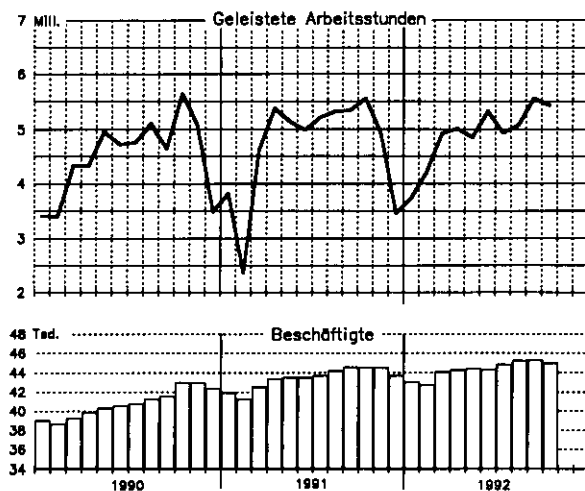
darunter Schiffbau



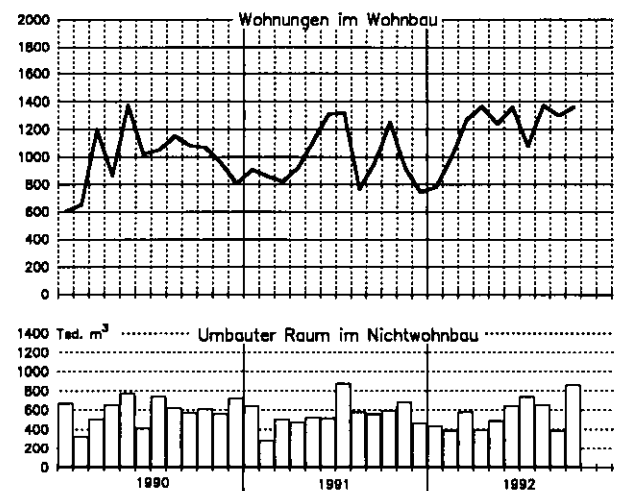
darunter Nahrungs- und Genußmittelgewerbe

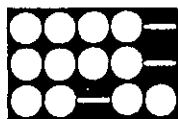


Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen





<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾		Oktober 1992		Januar bis Oktober 1992	
Beschäftigte	1 000	180	- 1,6	181	- 0,6
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	17	- 4,7	16	- 2,7
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	767	+ 3,5	767	+ 5,3
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 942	+ 18,4	4 093	- 0,1
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 683	+ 8,7	3 231	- 1,3
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 259	+ 60,3	862	+ 5,0
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 185	- 5,8	2 307	+ 0,3
aus dem Inland	Mill. DM	1 621	- 5,9	1 677	+ 1,1
aus dem Ausland	Mill. DM	564	- 5,6	629	- 1,9
Energieverbrauch	1 000 t SKE
BAUHAUPTGEWERBE²⁾					
Beschäftigte	1 000	45	+ 0,9	44	+ 2,3
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	- 2,1	5	+ 2,7
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	164	+ 0,5	152	+ 9,2
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	602	+ 0,7	510	+ 6,3
Auftragseingang ³⁾	Mill. DM	297	+ 3,3	320	+ 10,0
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾					
Wohnbau	Wohnungen	1 362	+ 8,8	1 211	+ 18,4
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	866	+ 45,3	563	+ 0,4
EINZELHANDEL		September 1992		Januar bis September 1992	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	137,9	+ 7,7	139,3	+ 2,3
GASTGEWERBE					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	148,2	+ 3,9	132,5	+ 4,1
FREMDENVKEHR⁵⁾					
Ankünfte	1 000	442	+ 2,3	372	+ 2,5
Übernachtungen	1 000	2 538	+ 7,6	2 086	+ 6,5
ARBEITSMARKT		Oktober 1992		Januar bis Oktober 1992	
Arbeitslose	Anzahl	78 674	+ 6,6	80 144	- 1,2
Kurzarbeiter	Anzahl	11 580	+ 218,3	9 271	+ 74,8
Offene Stellen	Anzahl	10 520	+ 1,1	13 041	+ 16,5
AUSSENHANDEL		August 1992		Januar bis August 1992	
Ausfuhr	Mill. DM	1 141,3	+ 8,1	1 064,7	+ 4,8

Fußnoten nächste Seite

Daten zur Konjunktur Land und Bund im Vergleich

Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %

		Januar bis Dez. 1991	Nov. 1991	Dez. 1991	Jan. 1992	Febr. 1992	März 1992	April 1992	Mai 1992	Juni 1992	Juli 1992	Aug. 1992	Sept. 1992	Okt. 1992
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾														
Beschäftigte	Land	+ 2,7	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	- 0,6	- 0,8	- 0,1	- 0,8	- 1,0	- 1,4	- 1,6
	Bund	+ 1,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,7	- 1,1	- 1,3	- 1,6	- 1,9	- 2,0	- 2,5 p-	2,7
Geleistete Arbeiterstunden	Land	+ 1,8	+ 3,5	+ 0,1	- 2,0	- 1,0	+ 2,4	- 4,1	- 5,8	- 2,8	- 3,4	- 3,9	- 1,6	- 4,7
	Bund	- 0,5	- 3,9	- 1,1	- 4,5	- 1,2	+ 2,4	- 5,4	- 3,1	- 4,6	- 5,4 p-	14,7
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 9,0	+ 9,1	+ 6,8	+ 7,0	+ 6,8	+ 7,1	+ 5,6	- 1,2	+ 8,1	+ 6,6	+ 4,5	+ 5,8	+ 3,5
	Bund	+ 7,3	+ 4,2	+ 7,8	+ 5,4	+ 5,4	+ 6,1	+ 4,8	- 0,3	+ 2,6	+ 6,0 p+	2,9
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 9,3	- 0,0	+ 7,8	+ 5,7	+ 1,5	+ 6,4	- 3,1	- 6,3	- 5,7	- 3,9	- 0,1	- 1,7	+ 18,4
	Bund	+ 6,9	+ 2,6	+ 5,0	+ 0,2	+ 4,4	+ 6,7	- 1,2	+ 1,5	- 0,6	- 0,7 p-	2,2
Inlandsumsatz	Land	+ 12,2	- 0,9	+ 8,8	- 4,6	+ 0,9	+ 1,3	- 1,6	- 5,1	- 5,8	- 5,2	- 2,5	+ 0,5	+ 8,7
	Bund	+ 10,6	+ 2,7	+ 4,7	- 0,1	+ 4,4	+ 5,5	- 1,2	+ 1,0	- 1,1	- 1,1 p-	2,0
Auslandsumsatz	Land	- 0,8	+ 3,1	+ 4,2	- 10,2	+ 3,8	+ 27,5	- 9,6	- 10,5	- 5,4	+ 2,4	+ 9,9	- 10,3	+ 60,3
	Bund	- 1,8	+ 2,2	+ 5,3	- 0,4	+ 3,2	+ 8,9	- 1,2	+ 2,4	+ 1,0	+ 1,0 p-	3,0
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+ 2,8	- 15,6	+ 0,2	- 14,8	+ 6,2	+ 16,4	+ 0,3	- 16,6	+ 11,1	- 2,1	+ 9,7	+ 3,9	- 5,8
	Bund	+ 2,3	- 2,9	+ 1,0	- 1,9	+ 5,6	+ 5,8	- 2,4	- 1,1	- 2,9	- 4,4	- 7,0	+ 0,1	...
aus dem Inland	Land	+ 9,9	+ 5,3	+ 2,0	- 16,2	+ 11,4	+ 12,0	- 1,5	- 4,7	+ 16,2	- 0,5	+ 1,2	+ 4,3	- 5,9
	Bund	+ 6,2	- 2,5	+ 0,4	- 1,8	+ 5,7	+ 3,6	- 2,9	- 0,6	- 4,0	- 2,8	- 6,0	+ 1,4	...
aus dem Ausland	Land	- 11,9	- 44,6	- 4,0	- 10,3	- 4,9	+ 28,1	+ 5,2	- 35,5	- 2,3	- 6,3	+ 36,9	+ 2,6	- 5,6
	Bund	- 5,0	- 3,8	+ 2,4	- 2,1	+ 5,4	+ 10,5	- 1,4	- 2,0	- 0,6	- 7,3	- 9,2	- 2,6	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	- 1,6	+ 0,0	-----	-----	+ 1,5	-----	-----	- 6,7	-----	-----	+ 11,2	-----	...
	Bund	+ 0,3	- 2,7	-----	-----	- 4,8	-----	-----	...	-----	-----	...	-----	...
BAUHAUPTGEWERBE²⁾														
Beschäftigte	Land	+ 4,1	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,8	+ 3,8	+ 3,6	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,9
	Bund	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,3	+ 0,4	- 0,7	- 0,5	- 0,1	- 0,6 p-	0,6
Geleistete Arbeitsstunden	Land	+ 1,5	- 2,7	- 0,7	- 2,1	+ 77,5	+ 6,3	- 6,8	- 5,6	+ 6,8	- 5,4	- 4,6	+ 4,0	- 2,1
	Bund	- 1,2	- 2,1	+ 3,0	- 6,0	+ 46,1	+ 2,5	- 5,7	+ 0,3	+ 0,1	- 4,1 p-	3,4
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 11,0	+ 13,8	+ 8,9	+ 5,6	+ 46,0	+ 11,5	+ 1,2	+ 1,8	+ 14,9	+ 11,3	+ 5,2	+ 11,0	+ 0,5
	Bund	+ 8,8	+ 10,8	+ 13,1	+ 5,4	+ 30,7	+ 10,7	+ 1,1	+ 1,9	+ 11,6	+ 7,6 p+	4,0
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 8,3	- 1,1	+ 6,9	- 13,7	+ 20,3	+ 21,3	+ 6,8	+ 7,7	+ 12,5	+ 8,1	+ 0,4	+ 4,6	+ 0,7
	Bund	+ 10,9	+ 11,3	+ 11,8	+ 10,3	+ 30,8	+ 25,2	+ 11,2	+ 11,1	+ 8,7	+ 5,6
Auftragseingang ³⁾	Land	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,3	+ 13,3	+ 30,7	+ 5,0	+ 8,3	+ 18,5	+ 20,5	+ 5,2	- 9,6	+ 16,3	+ 3,3
	Bund	+ 10,5	+ 7,1	+ 10,2	+ 11,0	+ 20,0	+ 13,2	+ 7,2	+ 4,0	+ 7,6	+ 3,3 p-	2,2
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 0,5	- 4,1	- 7,8	- 14,0	+ 16,0	+ 54,8	+ 48,0	+ 10,4	+ 3,7	- 18,1	+ 79,0	+ 35,3	+ 8,8
	Bund	p+ 2,7	p+ 4,7	p+ 2,0	p+ 12,8	p+ 0,5	p+ 33,6	p- 3,9	p+ 27,8	p+ 11,1	p+ 11,9
Nichtwohnbau (Umbauter Raum)	Land	- 6,4	+ 21,1	- 35,4	- 32,3	+ 37,2	+ 14,3	- 16,3	- 6,6	+ 23,6	- 15,5	+ 13,2	- 30,1	+ 45,3
	Bund	p+ 2,3	p- 3,8	p- 17,8	p- 12,8	p- 19,9	p+ 14,2	p- 4,9	p- 1,2	p- 2,8	p- 2,4
EINZELHANDEL														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 7,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,7	+ 6,9	- 2,2	+ 7,0	- 2,5	+ 3,8	+ 1,0	- 2,0	+ 7,7	...
	Bund	+ 8,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 1,7	+ 4,9	- 2,8	+ 1,6	- 2,3	- 2,5	- 3,1	- 3,1 p+	5,5	...
GASTGEWERBE														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 4,0	+ 3,9	+ 1,6	+ 3,7	+ 11,6	- 7,9	+ 7,1	+ 1,1	+ 11,0	+ 5,8	+ 2,1	+ 3,9	...
	Bund	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,7	+ 10,3	+ 1,0	+ 1,9	+ 4,4	+ 0,3	+ 1,2	- 0,5 p+	0,5	...
FREMDENERKEHR⁵⁾														
Ankünfte	Land	+ 6,2	+ 8,2	+ 8,0 p+	5,3 p+	13,4 p-	18,8 p+	14,0 p-	3,1 p+	9,5 p-	0,3 p-	0,1 p+	2,3	...
	Bund	+ 1,5	+ 1,4	- 0,3	+ 1,2	+ 8,7	- 2,0	- 0,3	+ 1,7	- 1,1	- 0,4
Übernachtungen	Land	+ 6,9	+ 7,1	+ 9,9 p+	5,5 p+	10,3 p-	22,6 p+	26,3 p-	0,3 p+	15,4 p+	6,1 p+	2,4 p+	7,6	...
	Bund	+ 4,1	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,8	+ 5,9	- 5,2	+ 5,8	- 0,3	+ 0,8	+ 0,2
ARBEITSMARKT														
Arbeitslose	Land	- 7,5	- 7,8	- 6,9	- 6,0	- 6,9	- 4,4	- 2,0	- 1,2	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,6	+ 4,3	+ 6,6
	Bund	- 7,6	- 4,0	- 3,0	+ 0,1	- 0,3	+ 2,1	+ 5,8	+ 6,3	+ 7,7	+ 7,9	+ 8,9	+ 10,8	+ 14,5
offene Stellen	Land	+ 7,4	+ 26,6	+ 29,9	+ 28,5	+ 33,9	+ 26,8	+ 23,3	+ 23,9	+ 4,0	+ 8,6	+ 5,1	+ 1,2	+ 1,1
	Bund	+ 5,7	+ 1,3	+ 1,7	+ 3,3	+ 7,5	+ 4,7	+ 2,3	0,0	- 2,2	- 3,3	- 4,1	- 6,8	- 9,9
Kurzarbeiter	Land	+ 47,3	+ 214,2	+ 162,7	+ 40,1	+ 64,0	+ 82,7	+ 83,5	+ 48,4	+ 47,3	+ 43,9	+ 58,2	+ 88,9	+ 218,3
	Bund	+ 159,7	+ 317,3	+ 243,5	+ 132,0	+ 89,8	+ 91,4	+ 70,4	+ 121,6	+ 40,9	+ 8,4	- 1,3	+ 54,2	+ 88,7
AUSSENHANDEL														
Ausfuhr	Land	+ 5,8	- 12,8	+ 67,7	+ 1,9	+ 2,8	+ 9,7	+ 22,0	- 6,8	- 4,0	+ 8,3	+ 8,1
	Bund	+ 0,9	+ 2,6	+ 10,9	- 2,6	+ 5,0	+ 12,2	+ 11,6	- 4,3	- 3,8	+ 2,3	- 4,7

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾					
Jahr	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen
	in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner				in 1 000		in 1 000			
1987 ^a	2 554	6,4	10,2	12,1	- 5	5	1 155	62	336	247	511
1988	2 560	6,7	10,7	11,9	- 3	12	1 135	57	339	235	505
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	- 3	33	1 166	52	349	242	523
1990	2 614	7,1	11,1	12,0	- 2	34	1 234	62	352	265	555
1991	2 636	6,9	11,0	11,8	- 2	25	1 236	57	361	258	559

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²⁾				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1985		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ± 100
	in 1 000													
1987	133	13	53	67	2	10	33	32	25	70 998	2,3	67 604	0,0	95
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	75 051	5,7	70 129	3,7	95
1989	133	12	48	62	2	10	33	31	26	77 080	2,7	69 744	- 0,6	92
1990	135	12	48	62	3	10	33	31	27	84 250	9,3	73 612	5,5	93
1991	134	11	48	62	4	91 438	8,5	76 102	3,4	92

Landwirtschaft											
Jahr	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtungen ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾			1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾									
	in 1 000										
1987	1 497	480	1 632	.	563	2 558	2 388	4 802	2 132	121	494
1988	1 481	481	1 540	3 069	520	2 538	2 371	4 930	2 487	113	757
1989	1 491	480	1 451	.	491	2 273	2 411	5 014	2 342	141	753
1990	1 525	472	1 445	3 343	592	2 402	2 324	4 881	2 186	139	972
1991	1 473	458	1 387	.	735	2 161	2 326	5 005	2 257	148	768

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾											Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom ⁷⁾	
in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM	Mill. DM		1 000 t SKE ⁸⁾				Beschäftig- te am 30. 6. in 1 000			
1987	151	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 289	562	333	41
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	353	40
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40
1990	177	119	194	4 771	3 549	45 569	10 182	167	1 204	663	389	42
1991	182	122	198	5 147	3 919	49 804	10 097	174	1 250	560	399	44

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusbefragungen

2) ab 1989 vorläufiges Ergebnis

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) gewerbliche und Hausschlachtungen

6) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

7) ohne Eigenenergie

8) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Ergebnis der Volkszählung vom 25. 5. 1987

Jahreszahlen
Schleswig-Holstein

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins- gesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		ins- gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungs- bau 2) in %						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	von Auslands- gästen
Mill. DM								in 1 000				
1987	7	7	29	1 125 ^a	10 156	4 858	1 521	8 614	3 088	378	17 137	709
1988	7	7	23	1 132	11 087	5 492	1 724	9 277	3 193	379	17 181	724
1989	8	8	15	1 140	12 555	6 169	1 898	10 337	3 448	444	17 650	866
1990	12	8	12	1 148	11 965	6 110	1 828	10 221	3 801	479	19 390	877
1991	12	9	10	1 158	12 650 ^b	6 882 ^b	1 710 ^b	10 680 ^b	4 037	550	20 730	1 064

Jahr	Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs- opfer- fürsorge	
	ins- gesamt	Kraft- räder	pkw ⁵⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins- gesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt			
										Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
in 1 000													
1987	1 338	52	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	99,9	72,2	
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	106,7	77,7	
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	118,3	82,8	
1990	1 467	52	1 262	57	17 326	364	22 574	19 526	1 591,1	662,6	166,6	90,1	
1991	1 490	54	1 279	60	16 483 ^b	351 ^b	21 393 ^b	19 669	

Jahr	Steuern								Schulden				
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver- brauch- steuern	Gewerbe- steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)		
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins- gesamt	Lohn- steuer	veranlagte Einkommen- steuer				ins- gesamt	Kredit- markt- mittel	
Mill. DM													
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509	
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732	
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857	
1990	6 094	7 176	2 431	3 630	7 890	5 310	1 506	137	966	20 128	3 794	2 957	
1991	6 951	7 685	2 761	4 332	8 825	6 214	1 431	125	1 062	20 990	4 058	3 188	

Preisindizes im Bundesgebiet						Löhne und Gehälter									
Jahr	Erzeugerpreise ⁸⁾		für Wohn- gebäude 1985 ≙ 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 ≙ 100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel			öffentlicher Dienst				
	gewerb- licher Produkte 1985 ≙ 100	landwirt- schaft- licher Produkte 1985 ≙ 100		ins- gesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾			
										kaufmännische Angestellte		technische Angestellte		Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
										Männer	Frauen	Männer	Frauen		
DM															
1987	95,1	91,7	103,3	100,1	100,1	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703			
1988	96,3	91,8	105,5	101,4	100,3	764	536	3 986	2 708	4 631	3 708	2 767			
1989	99,3	99,8	109,4	104,2	102,6	786	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805			
1990	101,0	94,7	116,4	107,0	105,6	821	572	4 297	2 953	4 972	3 822	2 852			
1991	103,4	94,0	124,3	110,7	108,6	866	605	4 539	3 192	5 323	4 048	3 020			

- 1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr
5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) ohne Postsparanlagen 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände
8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) Basis Gebäude- und Wohnungszählung 1987, ohne Wohnungen in Wohnheimen
b) vorläufige Ergebnisse

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1990	1991	1991			1992			
		Monats- durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 614	2 636	2 640	2 643	2 645
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
Eheschließungen	Anzahl	1 544	1 522	2 459	1 839	1 368
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		7,1	6,9	11,0	8,5	6,1
Lebendgeborene	Anzahl	2 421	2 411	2 519	2 495	2 344
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,1	11,0	11,2	11,5	10,4
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 622	2 600	2 328	2 468	2 642
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,0	11,8	10,4	11,4	11,8
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	16	18	13	17	20
je 1 000 Lebendgeborene		6,6	7,5	5,2	6,8	8,5
Oberschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 201	- 189	+ 191	+ 27	- 298
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 0,9	- 0,9	+ 0,9	+ 0,1	- 1,3
WANDERUNGEN										
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	12 773	11 069	12 534	11 888	11 519
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 945	9 013	9 709	8 638	9 651
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 828	+ 2 056	+ 2 825	+ 3 277	+ 1 868
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 400	9 087	9 809	9 387	9 347
Wanderungsfälle	Anzahl	32 118	29 169	32 052	29 913	30 517
ARBEITSLAGE										
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	94	81	76	73	74	81	78	76	79
darunter Männer	1 000	52	45	42	41	41	45	44	43	44
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	3,5	5,2	2,5	3,3	3,6	3,4	3,9	6,2	11,6
darunter Männer	1 000	3,4	4,5	1,9	2,7	3,0	2,9	3,2	4,9	9,3
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	9,3	11,0	11,4	11,2	10,4	12,5	12,0	11,4	10,5
LANDWIRTSCHAFT										
VIEHBESTAND										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 525 ^a	1 473 ^a
darunter Milchkühe			
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	472 ^a	458 ^a
Schweine	1 000	1 445 ^a	1 387 ^a	1 418	.	.	.	1 442	.	.
darunter Zuchtsauen	1 000	144 ^a	138	140	.	.	.	139	.	.
darunter trächtig	1 000	99 ^a	96 ^a	97	.	.	.	96	.	.
SCHLACHTUNGEN ²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	49	61	62	72	77	47	47	50	60
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Schweine	1 000 St.	200	180	166	167	166	147	154	160	165
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	0	1	1	0	1	0	1
SCHLACHTMENGEN ³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN ²⁾										
(ohne Geflügel)	1 000 t	33,1	34,5	33,6	36,8	38,5	26,9	28,7	30,3	33,9
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	15,2	18,3	18,6	21,7	23,4	13,5	14,6	15,6	18,7
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	17,5	15,8	14,4	14,6	14,7	13,0	13,7	14,3	14,8
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für ²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	kg	310	300	300	303	305	308	311	314	316
Kälber	kg	125	122	128	127	128	129	127	127	127
Schweine	kg	88	88	87	88	89	89	89	90	90
GEFLÜGEL										
Eingelegte Brutetier ⁴⁾	für Legehennenküken	1 000	96	95
	für Masthühnerküken	1 000	-	-
Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	63	49
MILCHERZEUGUNG										
	1 000 t	194	194	192	187	191	182	191	191	197
darunter an Milckereien und Händler geliefert	%	95	95	93	93	93	97	93	93	94
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,4	13,7	13,3	13,4	13,3	12,8	13,5	13,9	13,9

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

		1990	1991	1991			1992			
		Monats- durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE ¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	177	182	184	184	183	181	182	181	180
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	119	122	123	123	123	119	120	119	118
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 205	16 492	16 502	16 970	17 391	14 948	15 854	16 699	16 576
Lohnsumme	Mill. DM	397,6	429,0	428,8	413,7	433,7	456,7	434,5	430,0	432,7
Gehaltssumme	Mill. DM	295,8	326,6	308,6	312,7	307,7	349,0	336,4	338,4	334,6
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 227	2 290	2 192	2 344	2 319	2 160	2 405	2 436	2 185
aus dem Inland	Mill. DM	1 501	1 650	1 667	1 778	1 721	1 591	1 687	1 854	1 621
aus dem Ausland	Mill. DM	726	640	524	567	597	569	718	582	564
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 797	4 150	3 916	4 333	4 173	3 755	3 911	4 259	4 942
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 949	3 309	3 174	3 439	3 387	3 049	3 095	3 458	3 683
Auslandsumsatz	Mill. DM	849	841	743	894	786	706	816	802	1 259
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	14	15
Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	46,0	38,9
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	71	74
leichtes Heizöl	1 000 t	7	8
schweres Heizöl	1 000 t	65	66
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	297	304	301	294	324	294	300	322	335
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	33	32	27	38	29	31	29	40
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1985 = 100	122,9	129,2	127,2	129,2	137,4	117,8
BAUHAUPTGEWERBE ⁷⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	41 773	43 486	44 243	44 602	44 565	44 848	45 263	45 282	44 986
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 608	4 676	5 319	5 338	5 548	4 933	5 073	5 554	5 429
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	1 782	1 872	2 100	2 089	2 184	1 955	2 045	2 245	2 210
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 213	1 277	1 472	1 455	1 458	1 392	1 379	1 487	1 458
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 484	1 438	1 644	1 685	1 790	1 513	1 576	1 705	1 675
Lohnsumme	Mill. DM	110,9	122,8	130,1	126,3	138,6	143,3	132,7	138,9	136,2
Gehaltssumme	Mill. DM	21,8	24,5	22,4	22,6	24,2	31,7	27,8	26,5	27,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	462,1	500,4	546,5	591,5	598,0	602,9	548,6	618,6	602,0
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	282,2	288,4	352,1	339,0	287,3	329,0	318,4	394,2	296,8
AUSBAUGEWERBE ⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 284	8 940	8 932	9 026	9 579	9 327	9 569	9 641	9 933
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	978	1 049	1 054	1 063	1 214	1 090	1 079	1 175	1 204
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	25,3	28,6	28,2	27,7	31,3	33,3	31,0	32,2	33,2
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	75,2	91,9	92,2	100,9	107,6	98,2	93,4	106,2	116,6
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 263	2 110	1 780	1 585	1 931	1 868	1 846	2 172	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	973	1 000	874	862	1 038	886	986	929	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen) ¹⁰⁾					3.Vj.91			3.Vj.92		
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	104,8	109,0	.	111,0	.	.	.	113,6	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	185,4	212,9	.	221,7	.	.	.	234,7	.

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1990	1991	1991			1992			
		Monats- durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	509	484	458	508	616	732	701	592	633
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	414	386	374	425	517	616	563	455	466
2 Wohnungen	Anzahl	53	52	56	38	44	65	77	75	97
Rauminhalt	1 000 m ³	482	469	389	471	588	574	666	588	596
Wohnfläche	1 000 m ²	87	86	72	85	109	106	118	110	110
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	123	107	127	102	113	122	122	105	109
Rauminhalt	1 000 m ³	602	564	582	564	596	746	659	394	866
Nutzfläche	1 000 m ²	97	92	106	86	101	125	102	69	139
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 148	1 173	950	1 086	1 446	1 337	1 633	1 461	1 566
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	997,1	1 054,7	1 055,9	1 042,1	1 091,1	1 182,1	1 141,3
davon Güter der										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	145,4	164,0	186,3	165,4	186,7	174,9	199,7
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	851,7	890,7	869,6	876,7	904,4	1 007,2	941,6
davon										
Rohstoffe	Mill. DM	14,7	15,5	12,8	15,0	18,6	17,7	17,5
Halbwaren	Mill. DM	62,0	55,8	52,5	48,1	53,1	64,4	38,0
Fertigwaren	Mill. DM	775,0	819,3	804,2	813,6	832,7	925,2	886,0
davon										
Vorzeugnisse	Mill. DM	122,1	114,0	97,5	109,8	136,3	115,3	89,7
Enderzeugnisse	Mill. DM	652,9	705,3	706,7	703,9	696,4	809,9	796,3
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EG-Länder	Mill. DM	509,2	573,5	463,3	499,5	573,4	520,7	492,0
darunter Niederlande	Mill. DM	102,2	106,5	92,8	96,9	123,3	105,9	88,1
Dänemark	Mill. DM	77,6	85,1	84,6	87,4	80,2	85,7	94,0
Frankreich	Mill. DM	90,2	85,1	67,2	75,5	90,4	95,8	72,8
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	75,7	73,8	67,3	71,5	78,1	64,6	80,7
EINZELHANDELSUMSATZ (Meßzahl)	1986 = 100	130,3	139,8	140,2	128,1	141,3	154,0	137,4	137,9	...
GASTGEWERBEUMSATZ (Meßzahl)	1986 = 100	117,7	122,4	177,6	142,7	121,5	178,6	181,4	148,2	...
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
Ankünfte	1 000	317	336	534	432	368	p 553	p 534	p 442	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	40	46	63	47	47	p 88	p 58	p 42	...
Übernachtungen	1 000	1 616	1 728	3 565	2 358	1 706	p 3 745	p 3 648	p 2 538	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	73	89	116	86	99	p 158	p 105	p 87	...
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT ¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 648
Güterversand	1 000 t	919
BINNENSCHIFFFAHRT										
Güterempfang	1 000 t	138	137	125	146	145	160	130	134	...
Güterversand	1 000 t	165	158	209	143	150	146	139	130	...
ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE ²⁾										
darunter Kraftträger	Anzahl	11 254	12 596	6 719	8 429	10 619	12 316	8 235
Personenkraftwagen 3)	Anzahl	294	379	316	201	135	563	379
Lastkraftwagen	Anzahl	10 060	11 169	5 485	7 350	9 562	10 811	7 170
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	570	706	629	639	661	664	503
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 444	r 1 387	1 762	1 659	1 300	1 567	r 1 691	p 1 353	p 1 323
Getötete Personen	Anzahl	30	r 29	35	34	20	33	r 33	p 26	p 27
Verletzte Personen	Anzahl	1 881	r 1 803	2 266	2 196	1 653	2 077	r 2 157	p 1 761	p 1 692

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

		1990	1991	1991			1992			
		Monats- durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
GELD UND KREDIT										
INSOLVENZEN										
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte, ohne Anschlußkonkurse)	Anzahl	- 47	45	39	45	37	40	59	49	49
Vergleichsverfahren	Anzahl	1	0	-	2	-	-	-	-	-
		4-Monats- durchschnitt ³⁾								
KREDITE UND EINLAGEN ¹⁾	Mill. DM	81 692	87 934	88 205	89 000	89 664	95 160	-	95 611	-
Kredite ²⁾ an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	81 692	87 934	88 205	89 000	89 664	95 160	-	95 611	-
darunter										
Kredite 2) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	80 154	86 397	86 723	87 489	88 175	93 528	-	94 064	-
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	10 533	11 469	11 156	11 550	11 530	12 788	-	12 501	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	10 266	11 243	10 937	11 336	11 311	12 493	-	12 123	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	266	226	219	213	219	294	-	378	-
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 353	5 089	5 217	5 270	5 339	6 112	-	6 137	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 698	4 109	4 156	4 234	4 291	4 975	-	5 101	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	655	981	1 061	1 036	1 048	1 137	-	1 036	-
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	65 269	69 839	70 349	70 670	71 306	74 628	-	75 426	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	48 883	51 174	51 258	51 400	51 944	54 639	-	55 327	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 385	18 665	19 091	19 270	19 362	19 989	-	20 099	-
Einlagen und aufgenommene Kredite ²⁾ von Nichtbanken	Mill. DM	61 863	63 561	63 516	63 502	64 036	67 591	-	68 813	-
Sichteinlagen und Termingelder von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	42 652	44 313	44 504	44 518	45 052	48 309	-	49 632	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	34 571	38 923	39 077	39 238	39 616	42 674	-	43 973	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	8 081	5 390	5 427	5 280	5 436	5 635	-	5 659	-
Spareinlagen	Mill. DM	19 211	19 249	19 012	18 984	18 984	19 282	-	19 181	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	18 876	18 946	18 712	18 690	18 699	19 006	-	18 916	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	335	302	300	294	285	277	-	265	-
STEUERN										
		Vierteljahres- durchschnitt		3.Vj.91			3.Vj.92			
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 955	3 454	-	3 510	-	-	-	4 025	-
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 048	2 371	-	2 442	-	-	-	2 795	-
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 491	1 732	-	1 737	-	-	-	2 026	-
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	376	358	-	356	-	-	-	405	-
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	55	78	-	126	-	-	-	72	-
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	125	204	-	223	-	-	-	292	-
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	907	1 083	-	1 068	-	-	-	1 230	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	608	722	-	712	-	-	-	871	-
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	300	361	-	356	-	-	-	358	-
Bundessteuern	Mill. DM	55	54	-	53	-	-	-	47	-
Zölle	Mill. DM	0	0	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	34	31	-	35	-	-	-	29	-
Landessteuern	Mill. DM	214	236	-	223	-	-	-	270	-
Vermögensteuer	Mill. DM	37	47	-	42	-	-	-	43	-
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	90	92	-	79	-	-	-	128	-
Biersteuer	Mill. DM	8	10	-	12	-	-	-	9	-
Gemeindesteuern	Mill. DM	340	371	-	401	-	-	-	...	-
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	8	-	-	-	...	-
Grundsteuer B	Mill. DM	77	82	-	101	-	-	-	...	-
Gewerbesteuer	Mill. DM	241	266	-	274	-	-	-	...	-
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	241	266	-	274	-	-	-	...	-
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 524	1 738	-	1 765	-	-	-	2 007	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	859	959	-	997	-	-	-	1 136	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	590	704	-	694	-	-	-	799	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	20	21	-	21	-	-	-	25	-
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 794	1 921	-	1 957	-	-	-	2 180	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	928	1 120	-	1 152	-	-	-	1 312	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	632	542	-	559	-	-	-	568	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	20	22	-	23	-	-	-	30	-
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	608	690	-	677	-	-	-	...	-
Gewerbesteuer	Mill. DM	202	223	-	230	-	-	-	...	-
nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	202	223	-	230	-	-	-	...	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	313	349	-	320	-	-	-	...	-

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1990	1991	1991			1992			
		Monats- durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
PREISE									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBEIT* 1985 = 100									
Einfuhrpreise ⁶⁾	82,5	82,8	82,9	82,7	82,9	79,9	79,0
Ausfuhrpreise ⁶⁾	102,2	103,5	103,8	103,8	103,7	104,7	104,6
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ⁶⁾	91,4	91,0	91,0	91,1	91,2	90,1	89,7	89,4	...
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ⁶⁾	101,0	103,4	104,0	104,3	104,4	105,1	105,1	105,1	...
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	94,7	94,1	94,2	96,0	95,2	93,6	91,7
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	116,4	124,3	125,8	.	.	.	132,7	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	95,7	98,3	99,0	99,2	99,0	101,3	100,2
Einzelhandelspreise	104,4	107,1	107,3	107,4	107,7	110,1	109,9	109,9	110,1
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	107,0	110,7	111,5	111,7	112,0	115,2	115,4	115,7	116,1
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	105,6	106,6	109,0	108,6	108,7	112,8	112,0	111,7	111,6
Bekleidung, Schuhe	107,5	110,1	110,2	110,7	111,0	113,2	113,5	113,9	114,2
Wohnungsmieten	112,5	117,3	118,1	118,5	118,9	123,8	124,6	125,2	125,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	85,5	89,4	88,8	89,7	90,9	89,8	89,7	89,7	90,1
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	107,3	110,5	111,1	111,3	111,5	114,5	114,9	115,1	115,4
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	821	866	.	.	887
darunter Facharbeiter	860	907	.	.	929
weibliche Arbeiter	572	605	.	.	615
darunter Hilfsarbeiter	545	578	.	.	589
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	20,47	21,82	.	.	22,27
darunter Facharbeiter	21,57	22,98	.	.	23,44
weibliche Arbeiter	14,65	15,64	.	.	15,97
darunter Hilfsarbeiter	13,86	14,88	.	.	15,20
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	40,0	39,7	.	.	39,8
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,0	38,7	.	.	38,5
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 960	5 254	.	.	5 341
weiblich	3 433	3 672	.	.	3 761
Technische Angestellte									
männlich	5 066	5 393	.	.	5 516
weiblich	3 382	3 629	.	.	3 725
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 990	4 190	.	.	4 257
weiblich	2 754	2 967	.	.	3 032
Technische Angestellte									
männlich	3 753	4 198	.	.	4 362
weiblich	(2 700)	(2 629)	.	.	(2 593)
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 297	4 539	.	.	4 614
weiblich	2 953	3 192	.	.	3 268
Technische Angestellte									
männlich	4 972	5 323	.	.	5 450
weiblich	3 371	3 612	.	.	3 703

1) Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken 2) einschließlich durchlaufender Kredite 3) Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Hinweis: *) Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 3. 1992			Bevölkerungsveränderung im März 1992			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Oktober 1992 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	87 259	+ 0,0	+ 0,3	28	- 24	4	34	1	43
KIEL	247 607	+ 0,1	+ 0,8	- 30	248	218	145	-	183
LÜBECK	216 022	- 0,1	+ 0,5	- 84	- 81	- 165	97	1	112
NEUMÜNSTER	81 241	+ 0,0	+ 0,5	17	0	17	37	-	45
Dithmarschen	130 368	+ 0,1	+ 0,7	- 28	124	96	78	1	91
Hzgt. Lauenburg	162 511	+ 0,0	+ 1,5	- 28	109	81	65	3	84
Nordfriesland	154 022	+ 0,1	+ 0,8	19	139	158	87	3	120
Ostholstein	191 513	+ 0,1	+ 1,0	- 24	210	186	76	3	96
Pinneberg	273 000	+ 0,1	+ 1,3	6	349	355	139	1	179
Plön	122 449	+ 0,2	+ 0,5	10	278	288	66	1	84
Rendsburg-Eckernförde	249 377	+ 0,0	+ 0,8	31	81	112	115	-	154
Schleswig-Flensburg	181 854	+ 0,1	+ 0,8	- 22	135	113	92	2	116
Segeberg	224 723	+ 0,1	+ 1,3	- 26	205	179	118	5	159
Steinburg	129 557	- 0,2	+ 1,2	- 26	- 278	- 304	69	1	100
Stormarn	201 080	+ 0,1	+ 1,1	- 41	184	143	105	5	126
Schleswig-Holstein	2 652 583	+ 0,1	+ 0,9	- 198	1 679	1 481	1 323	27	1 692

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 7. 1992		
	Betriebe am 31. 10. 1992	Beschäftigte am 31. 10. 1992	Umsatz ⁴⁾ im Oktober 1992 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷⁾
FLensburg	73	9 452	453	41 944	37 225	427
KIEL	135	21 450	929	115 747	102 914	416
LÜBECK	143	20 434	400	102 184	90 786	420
NEUMÜNSTER	73	10 008	142	42 666	37 705	464
Dithmarschen	69	7 384	337	79 826	65 229	500
Hzgt. Lauenburg	110	8 949	163	96 994	83 837	516
Nordfriesland	56	3 382	95	95 928	78 617	510
Ostholstein	88	6 906	171	109 374	93 932	490
Pinneberg	202	21 556	500	157 544	137 074	502
Plön	46	3 179	64	69 899	59 283	484
Rendsburg-Eckernförde	137	10 028	203	149 727	125 929	505
Schleswig-Flensburg	80	5 507	155	112 095	91 623	504
Segeberg	203	20 813	507	149 655	127 994	570
Steinburg	86	9 633	257	78 377	64 978	502
Stormarn	181	21 255	565	125 768	110 245	548
Schleswig-Holstein	1 682	179 936	4 942	1 527 728	1 307 371	493

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 3. 1992 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand: 31. 3. 1992

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²⁾		
	Einwohner am 31. 12. 1991		Arbeitslose Ende Oktober 1992			Kurz- arbeiter Mitte Oktober 1992	offene Stellen Ende Oktober 1992	Beschäftigte am 31. 7. 1992		Umsatz ³⁾ im Juli 1992
	in 1 000	Ver- änderung 1) %	in 1 000	Ver- änderung 1) %	Arbeits- losen- quote %			in 1 000	Mill. DM	Export- quote 4) %
Baden-Württemberg	10 001,8	+ 1,8	206,3	31,4	4,7	79,1	52,8	1 520	27 930	29
Bayern	11 596,0	+ 1,3	236,3	22,9	4,7	66,8	69,0	1 440	30 498	30
Berlin	3 446,0	+ 0,4						219	5 355	11
Brandenburg	2 542,7	- 1,4	173,9	7,1	14,1	34,7	4,8	157	1 236	8
Bremen	683,7	+ 0,3	32,1	10,1	10,9	2,5	4,0	83	2 376	39
Hamburg	1 668,8	+ 1,0	55,1	4,6	7,5	3,1	6,1	135	8 495	12
Hessen	5 837,3	+ 1,3	140,8	18,6	5,6	19,9	23,1	647	12 081	26
Mecklenburg-Vorpommern	1 891,7	- 1,7	149,7	7,0	15,4	14,3	3,1	59	659	18
Niedersachsen	7 475,8	+ 1,1	246,4	8,0	8,0	24,2	25,1	680	15 533	24
Nordrhein-Westfalen	17 509,9	+ 0,9	592,7	10,1	8,2	90,6	64,3	1 990	43 591	26
Rheinland-Pfalz	3 821,2	+ 1,5	89,7	18,6	5,7	16,2	18,7	386	9 151	34
Saarland	1 076,9	+ 0,4	38,9	13,2	9,1	6,9	4,4	134	2 652	30
Sachsen	4 678,9	- 1,8	298,9	5,9	12,9	84,9	9,9	297	2 200	14
Sachsen-Anhalt	2 823,3	- 1,8	207,6	5,4	14,6	51,7	5,7	197	1 870	16
Schleswig-Holstein	2 648,5	+ 0,9	78,7	6,6	7,0	11,6	10,5	181	3 755	19
Thüringen	2 572,1	- 1,5	180,1	7,8	14,4	46,9	4,7	145	1 036	9
Bundesrepublik Deutschland	80 274,6	+ 0,7	8 269	168 417	26
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	64 484,8	+ 1,2	1 830,3	14,5	6,7	326,6	289,0	7 364	161 058	26
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 789,8	- 1,5	1 097,5	4,7	13,9	240,0	31,4	906	7 359	13

Bundesland	Bauhauptgewerbe			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵⁾ im Juli 1992		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶⁾ im August 1992					
	Beschäf- tigte am 31. 7. 1992	baugewerblicher Umsatz 3) im Juli 1992		Zahl der genehmigten Wohnungen im Juli 1992	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte			
							Anzahl	Ver- änderung 1)	Anzahl	Ver- änderung 1)	Anzahl	Je 100 Unfälle
	in 1 000	Mill. DM	Ver- änderung 1) %				Anzahl	%	Anzahl	%		
Baden-Württemberg	179	2 618	+ 4,4	9 033	1 114 833	4 330 054	- 2,0	4 300	- 0,8	5 825	135	
Bayern	248	3 789	+ 9,6	10 599	2 126 875	9 335 479	+ 2,0	5 764	- 4,2	7 949	138	
Berlin	62	875	271 830	661 400	- 11,2	1 759	+ 10,8	2 117	120	
Brandenburg	51	406	115 632	440 906	+ 0,9	1 335	+ 10,4	1 805	135	
Bremen	11	156	- 7,6	364	45 089	82 082	- 10,2	386	+ 13,5	471	122	
Hamburg	22	399	+ 2,8	674	191 453	357 310	- 1,4	935	- 2,4	1 244	133	
Hessen	91	1 250	+ 2,4	3 546	723 715	2 768 640	- 1,8	2 732	- 0,9	3 605	132	
Mecklenburg-Vorpommern	39	332	876	+ 10,9	1 203	137	
Niedersachsen	119	1 800	+ 6,5	6 237	893 228	4 033 101	- 1,3	4 107	+ 4,3	5 657	138	
Nordrhein-Westfalen	239	3 405	- 1,0	7 992	948 832	3 285 631	+ 0,7	6 351	+ 2,3	8 244	130	
Rheinland-Pfalz	61	874	+ 15,9	2 691	509 334	2 039 354	- 4,8	1 593	- 18,1	2 163	136	
Saarland	17	245	+ 13,2	422	48 692	178 102	+ 6,7	426	- 27,1	490	115	
Sachsen	78	712	1 500	+ 9,8	1 942	129	
Sachsen-Anhalt	61	624	1 066	+ 2,6	1 468	138	
Schleswig-Holstein	44	600	+ 7,5	1 337	552 684	3 744 639	+ 6,1	1 691	- 4,0	2 190	130	
Thüringen	49	435	164 361	549 539	+ 24,6	892	- 7,7	1 269	142	
Bundesrepublik Deutschland	1 369	18 519	35 960	- 0,9	47 961	133	
Nachrichtlich:												
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	1 072	15 837	+ 5,6	p 43 561	7 445 364	30 664 064	+ 0,2	29 746	- 2,0	39 576	133	
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	297	2 682	6 214	+ 4,8	8 385	135	

1) gegenüber Vorjahresmonat 2) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 3) ohne Umsatzsteuer 4) Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- △ = entspricht

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel